

N i e d e r s c h r i f t

**der 46. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
10.07.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	Teilnahme bis 18:58 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:23 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme bis 19:08 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme bis 19:08 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	Teilnahme bis 19:55 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	Teilnahme bis 16:27 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 18:00 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/ Volkssolidarität	Teilnahme bis 20:30 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme bis 19:58 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme bis 20:30 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 19:56 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Drago Bock	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
Herr Thomas Felke	SPD

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 46. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Torsten Fritz zur Abfallgebührensatzung

Herr Fritz fragte nach dem Status der aktuellen Abfallgebührensatzung. In der Begründung zur heutigen Vorlage im Beschluss der neuen Abfallgebührensatzung heißt es dazu, dass die im Moment aktuelle Satzung zwar formell durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes nicht automatisch nichtig geworden ist, die Stadt aber gehalten sei, das Urteil umzusetzen.

Als nächstes fragte **Herr Fritz** an, warum die Verwaltung glaube, dass die Satzung heilbar ist und wenn dem nicht so sein sollte, warum sie im Galopp so vorgelegt wurde.

Herr Fritz merkte weiter an, dass er die Rückführung von 2,3 Mio. € aus dem städtischen Haushalt in den Abfallgebührenhaushalt bekehre. Dazu werde er schriftliche Ausführungen an die Verwaltung übergeben.

Desweiteren fordere er auf privatrechtlicher Basis für die in den entsprechenden Veranlagungszeiträumen auf seinem Grundstück lebenden zwei Personen die Erstattung der nach seiner Rechnung überzahlten Gebühren in Höhe von 19,41 €.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass sie auf Basis der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes nun entsprechend reagieren könne und mit dieser entsprechenden Heilungssatzung werde die Stadt in die Lage versetzt, rechtswirksame Bescheide zu erteilen. Auch wurde durch die Verwaltung zugesagt, fachliche Anregungen im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu behandeln und in die ab 2015 geltende Satzung einzuarbeiten.

Herr Fritz ergänzte, dass er nach dem aktuellen Status der aktuellen Satzung gefragt und dafür keine Antwort erhalten habe.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass die Verwaltung auf dem Weg sei, formal korrekte Bescheide zu erteilen und die vorliegende Satzung an der Stelle geheilt werden müsse.

Herr Werner Wirtz zum Kinderchor

Herr Wirtz führte aus, dass es zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft einen Vertrag gäbe, in welchem in der Anlage 1 zum Leistungsvertrag 200.000 € jährlich zu erbringende Leistungen klar definiert sind und er zitierte folgende Auszüge daraus:

- Die Singschule hat für mindestens 300 Kinder eine Ausbildung zu gewährleisten.
- Es sind Chöre zu bilden für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.
- Die Durchführung von Konzerten ist zu organisieren (mindestens 2 – 3mal im Jahr).
- Mitwirkung bei Aufführungen der Oper, bei Repräsentationsveranstaltungen der Stadt Halle (Saale) (kostenlos 2 – 3mal im Jahr).
- Organisation des Kinderchorfestivals und die Gestellung eines Teilnehmerchors.
- Durchführung von Probelagern mit allen Chören.

Er verwies weiter darauf, dass das Erbbaurecht an die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft in der Silberthaler Straße 5a ganz klar an das Betreiben einer Singschule gekoppelt sei.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Wirtz** an, wann die Jugendwerkstatt mit einem eigenen Chor am Kinderchorfestival teilnehmen wird und er merkte dazu an, dass in diesem Jahr in Wernigerode ein Chorlager mit nur 23 Personen inkl. Erwachsenen stattgefunden habe.

Herr Wirtz bat die Verwaltung um Prüfung, wie die Jugendwerkstatt mit den ihr überwiesenen Fördergeldern umgehe. Er erwarte eine zeitnahe Antwort dazu

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei Herrn Wirtz für die Anmerkungen und führte aus, dass er sich über den genannten Vertrag informieren und durch Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, eine schriftliche Antwort dazu erfolgen werde.

Herr Andreas Härtig zum Bauvorhaben in Dölau

Zum Bauvorhaben in Dölau, Bebauungsplan 162, stellte **Herr Härtig** fest, dass laut Grundbucheintrag in dem Umfeld nicht vorgesehen sei, dieses mit Kleinbausiedlungen zu bebauen. Die Wohnqualität würde sich für viele Anwohner verschlechtern.

Aus diesem Grund fragte er an:

- Weshalb wird ein solches Bauvorhaben von der Stadt überhaupt bearbeitet und ein solch großes Projekt favorisiert?
- Was spricht gegen eine Bebauung von 2 – 3 Geschossen, so wie es jetzt im Umfeld vorhanden ist, was auf dem Umfeld verträglich wäre?
- Wie will die Stadt dem erhöhten Verkehrsaufkommen, wenn dort 55 Familien wohnen sollen, begegnen?
- Welche Planungen gibt es zur Infrastruktur, nicht nur Verkehr, sondern auch Ärzte, Schule, Kaufhallen etc.?
- Wann findet die Bürgerversammlung statt und wo?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass die Bürgerversammlung noch nicht terminiert sei, da es den Aufstellungsbeschluss noch nicht gäbe. Im Moment gehe es erst einmal darum, Planungsrecht für ein Projekt zu schaffen, welches als Entwurf vorliege.

Zum Thema Grundbucheintrag werde durch die Verwaltung eine Prüfung veranlasst und **Herr Beigeordneter Stäglin** verwies darauf, dass sich dann der Erwerber der Fläche mit dem Verkäufer auseinandersetzen müsse, um die Nutzungsbedingungen abzuklären.

Auch über die Geschossigkeit wurde in der Vorbereitungsphase mit dem Antragsteller schon diskutiert. Und diesem sei sehr deutlich bewusst, dass darüber vor Ort intensiv diskutiert wird. Deshalb wurde dieses Thema durch die Verwaltung schon jetzt in den Gestaltungsbeirat aufgenommen, um weitere Hinweise für den Entwurfsprozess aufzunehmen.

Herr Beigeordneter Stäglin führte weiterhin aus, dass zum Thema Verkehr auch schon im Ausschuss für Planungsangelegenheiten eine Diskussion stattfand und noch weitere Prüfungen dazu erfolgen werden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 46. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Herr Bartl informierte, dass Frau Dr. Judith Marquardt als Beigeordnete für Kultur und Sport seit dem 01. Juli 2013 im Dienst sei und jetzt durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand vereidigt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßte auch im Namen der Stadträte Frau Dr. Marquardt, welche den Diensteid ablegte. Damit war der Vorgang der beamtenrechtlichen Ernennung abgeschlossen.

Herr Bartl informierte weiter, dass die Stadträte Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, und Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE, Geburtstag haben und beglückwünschte sie. Beide nahmen auch die Glückwünsche der Verwaltung und der Stadträte entgegen.

Herr Bartl stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 48 Mitglieder des Stadtrates (85,71 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

6.12 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)

Vorlage: V/2013/11831

wurde im Finanzausschuss abgesetzt

6.12.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*

(V/2013/11831)

Vorlage: V/2013/11883

7.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
wurde im Hauptausschuss vertagt

7.4 Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion) zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord
Vorlage: V/2013/11734
wurde im Planungsausschuss vertagt

7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055
wurde im Finanzausschuss vertagt

Herr Bartl verwies darauf, dass er in Abstimmung mit der Verwaltungsspitze es für wichtig halte, in der heutigen Sitzung über diesen Tagesordnungspunkt zu diskutieren.

7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Beleuchtungsvertrag
Vorlage: V/2013/11720
wurde im Planungsausschuss zurückgezogen

7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters
Vorlage: V/2013/11705
wurde im Kulturausschuss vertagt

7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713
erledigt

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

6.0 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11871 mehrheitlich zugestimmt

6.0.0 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Dringlichkeitsvorlage - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013 - Vorlagen-Nr.: V/2013/11871
Vorlage: V/2013/11885

- 6.16 Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Theater Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11888

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete die Dringlichkeit dahingehend, dass damit der Wirtschaftsprüfer plangerecht seine Arbeiten aufnehmen könne.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte dazu an, dass es zwar richtig sei, dass die Arbeit des Wirtschaftsprüfers zeitnah geschehen soll, aber die Dringlichkeit sei im Allgemeinen darin begründet, dass der Sachverhalt, der zu dieser Vorlage führte, nicht fristgemäß bekannt war. Seines Wissens habe sich der Aufsichtsrat schon seit längerem mit diesem Thema befasst, so dass die Vorlage hätte zeitgerecht eingebracht werden können. Er bat die Verwaltung, davon abzusehen, künftig mit Tisch- und Dringlichkeitsvorlagen zu agieren.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11888 mehrheitlich zugestimmt

- 6.17 Mehrausgabe zur Vorfinanzierung der Kosten für die Beseitigung der Flutfolgen im MMZ
Vorlage: V/2013/11887

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, informierte darüber, dass der Bundesrat beschlossen habe, nicht das bekannte Förderprogramm GRW („Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) von der Flut 2002 wieder zu aktivieren, sondern ein neues Förderprogramm aufzustellen, um die Schäden an der kommunalen Infrastruktur, wie zum Beispiel auch dem MMZ, zu finanzieren.

Insofern werde davon ausgegangen, dass sich zeitnah eine Vorfinanzierung notwendig mache, da die Universität und die ca. 60 betroffenen Unternehmen wieder in das Gebäude des MMZ einziehen wollen. Mit der Vorfinanzierung soll den Mietern in den nicht vom Hochwasser betroffenen Bereichen des MMZ ein Rückzug und der Universität ein zeitnahe Studienbeginn im Gebäude ermöglicht werden.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11887 mehrheitlich zugestimmt

- 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11872

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11872 mehrheitlich zugestimmt

- 8.9 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11875

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass im September das neue Unterrichtsjahr beginne und schon aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit die Honorarsätze angepasst werden müssen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, fragte nach, ob sich der Tagesordnungspunkt

7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055

noch auf der Tagesordnung befinde oder abgesetzt sei.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er über das Thema noch einmal sprechen wollte, da die Verwaltung bei einer Vertagung der Vorlage die Haushaltsplanung ohne das Zentrale Gebäudemanagement vornehmen müsse.

Es wurden Wirtschaftlichkeitsanalysen mit 1,2 Mio. € bis 2 Mio. € aufgestellt, die für den Haushalt erwirtschaftet werden. Deshalb sei auch geplant, das Zentrale Gebäudemanagement in die Verwaltung als Regiebetrieb einzugliedern.

Dazu merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass man sich im Finanzausschuss ausführlich mit diesem Thema beschäftigt habe und abschließend zu dem Ergebnis der Vertagung gekommen sei, da nur ungenügende Informationen durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

Er verwies darauf, dass für die Ausschüsse das Recht auf Vertagung bestehe, wenn sie die Thematik noch einmal besprechen wollen und dies werde zum Termin der nächsten Finanzausschusssitzung im September wahrgenommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte ebenfalls dazu an, dass sich der Ausschuss auf Vertagung entschieden habe und der Automatismus bisher immer so gepflegt wurde, diese Punkte dann von der Tagesordnung der Stadtratssitzung abzusetzen.

Sollte die Verwaltung dazu eine andere Sichtweise haben, sei es ihr unbenommen, im September eine detaillierte Vorlage vorzulegen und dann wäre der Weg, diese in den Haushalt einzuarbeiten, immer noch möglich.

Den Anmerkungen von Herrn Krause stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu.

Abschließend stellte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass die Vorlage im Finanzausschuss vertagt und damit jetzt zurückgezogen wurde.

Zum Tagesordnungspunkt

7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713

bat **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darum, diesen Punkt auf der Tagesordnung zu belassen, denn allein dadurch, dass er in einem Ausschuss für erledigt erklärt wurde, sei er für den Stadtrat noch nicht erledigt.

Seine Fraktion habe dazu noch eine Nachfrage und werde nach der Antwort der Verwaltung entscheiden, ob sie diesen Punkt für erledigt betrachte.

Herr Bartl stellte dazu fest, dass es keine Einwände gäbe und damit könne der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung verbleiben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.06.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.0 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871
- 6.0.0 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Dringlichkeitsvorlage - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013 - Vorlagen-Nr.: V/2013/11871
Vorlage: V/2013/11885
- 6.1 Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11762
- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Dringlichkeitsvorlage - Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Vorlagen-Nr.: V/2013/11762)
Vorlage: V/2013/11772
- 6.2 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687
- 6.3 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2012 der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2013/11821
- 6.4 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: V/2013/11529
- 6.5 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2012
Vorlage: V/2013/11833
- 6.6 Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Brandschutzgrundsicherung, Kellertrockenlegung und IT-Vernetzung Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium im investiven Finanzhaushalt
Vorlage: V/2013/11740

- 6.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Brandschutzgrundsicherung und Kellertrockenlegung Grundschule "Karl Friedrich Friesen"
Vorlage: V/2013/11741
- 6.8 Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11569
- 6.9 Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“
Vorlage: V/2013/11689
- 6.10 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11777
- 6.11 Einziehung des Parkplatzes Robinienweg
Vorlage: V/2013/11755
- 6.12 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11831 *abgesetzt*
- 6.12.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6) (V/2013/11831)*
Vorlage: V/2013/11883 *abgesetzt*
- 6.13 Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a
Vorlage: V/2013/11656
- 6.13.1 *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE) zum Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a (Vorlage: V/2013/11656)*
Vorlage: V/2013/11886
- 6.14 Anpassung der Finanzierungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) an die Gesetzesänderung KiFöG
Vorlage: V/2013/11763
- 6.15 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2013/11603
- 6.16 Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Theater Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11888
- 6.17 Mehrausgabe zur Vorfinanzierung der Kosten für die Beseitigung der Flutfolgen im MMZ
Vorlage: V/2013/11887
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533

- 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661
- 7.2 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Personalentwicklung
Vorlage: V/2013/11726
- 7.4 *Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion) zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord*
Vorlage: V/2013/11734 *abgesetzt*
- 7.5 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement*
Vorlage: V/2012/11055 *abgesetzt*
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule „Albrecht Dürer“
Vorlage: V/2013/11629
- 7.7 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Beleuchtungsvertrag*
Vorlage: V/2013/11720 *abgesetzt*
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Völkerschlacht 1813
Vorlage: V/2013/11721
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen
Vorlage: V/2013/11701
- 7.10 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters*
Vorlage: V/2013/11705 *abgesetzt*
- 7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11850
- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Stadtpark
Vorlage: V/2013/11851
- 8.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für Wegweiser für die Freiraumgalerie
Vorlage: V/2013/11834

- 8.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende
Vorlage: V/2013/11839
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Zentrums Neustadt und der Hochhausscheiben
Vorlage: V/2013/11854
- 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung
Vorlage: V/2013/11855
- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11856
- 8.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (V/2013/11856)
Vorlage: V/2013/11884
- 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11872
- 8.9 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11875
- 8.9.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zum Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
(Vorlage: V/2013/11875)
Vorlage: V/2013/11894
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Michael Sprung (CDU-Fraktion) zum Bolzplatz im Buchenweg
Vorlage: V/2013/11782
- 9.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur Brandschutzerziehung in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11825
- 9.3. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den Aufgaben städtischer Mitarbeiter bei Spielen des HFC
Vorlage: V/2013/11826
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Neumühle
Vorlage: V/2013/11828
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Hemmungsfaktoren der Arbeit der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2013/11829

- 9.6 Anfrage des Stadtrates Werner Misch (CDU-Fraktion) zu illegalem Graffiti im Stadtgebiet
Vorlage: V/2013/11830
- 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Neuen Residenz
Vorlage: V/2013/11835
- 9.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur ehemaligen
Schweinemastanlage in Lettin
Vorlage: V/2013/11837
- 9.9 Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU-Fraktion) zum Standort der geplanten
Ballsporthalle
Vorlage: V/2013/11838
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den vollständigen Kosten
für Ausschusssitzungen
Vorlage: V/2013/11858
- 9.11 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines
Haushaltskennzahlensystems
Vorlage: V/2013/11775
- 9.12 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu den geplanten Nutzungen
auf und um den Hufeisensee
Vorlage: V/2013/11836
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Fehlplanung des IBA-
Projekts Stadthafen
Vorlage: V/2013/11783
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über Baumfällungen
und Ersatzpflanzungen
Vorlage: V/2013/11852
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jobticket
Vorlage: V/2013/11853
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Quartalsbericht II/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2013/11761
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Akteneinsicht in Regionales Suchtkonzept
- 13.2 Akteneinsicht in Einsatzpläne und Einsatzberichte zu den Aufgaben städtischer
Mitarbeiter bei HFC-Spielen
- 13.3 Akteneinsicht in Verträge ab 01.01.2012 mit Rauschenbach & Kollegen GmbH

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass wegen der verkürzten Sitzungsfolge noch keine Niederschrift vorliege.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.06.2013**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass in der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.06.2013 keine Beschlüsse gefasst worden sind.

zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2013 wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
ich möchte zunächst zu den Fördermitteln sprechen, zu den Spenden, die wir erhalten haben. Wir haben einen aktuellen Spendenstand von 667.000 €.
Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die diese Spenden mit eingeworben haben, Sie einschließlic, und natürlich auch bei den vielen Spendern, für diese Spenden im Namen des Stadtrates auch recht herzlich bedanken.

Darüber hinaus werden wir heute eine Förderrichtlinie beschließen. Der Ansatz der Förderrichtlinie ist der, dass wir Spenden erhalten haben und diese Spenden dann in öffentliche Mittel überführt werden. Das bedeutet, wir müssen einige Sicherungen in die Richtlinie hineinbringen, die wir auch im Hauptausschuss vorberaten haben.

Das heißt, wir werden sehr formlos ein Verwendungsnachweis einfordern, aber dann auch sehr zügig diese Mittel entsprechend im Vorfeld auch auszahlen.

Das heißt, öffentliche Mittel bedeutet eben auch, zwei Seiten ausfüllen eines entsprechenden Antragsverfahrens, das wir zum heutigen Tag, ab Morgen, dann auch bereitstellen.

Dieses zum Einen.

Zum Zweiten zur TOO, also zur Theater, Oper und Orchester GmbH.

Wir haben letzte Woche im Aufsichtsrat in der Verständigung aller Mitglieder uns beraten und haben festgestellt, dass der Vorstand der BMA und darüber hinaus der Geschäftsführer ein Sanierungskonzept bis zum 06.09. diesen Jahres für die TOO erstellen.

Zum Dritten würde ich ganz gern, ganz kurz auf den Gimritzer Damm eingehen.

Ich hatte gestern Abend ein Gespräch mit den stellvertretenden Leitern des Bereiches Hochwasser und Wasserwirtschaft des Landesbetriebes und hier wurde nochmal deutlich gemacht, dass nach mehreren Untersuchungen und Proben der Gimritzer Damm überhaupt nicht mehr nutzbar ist. Es ist so, so hat er es auch beschrieben, dass da überhaupt nichts mehr ist.

Das heißt, es besteht zum jetzigen Zeitpunkt kein Schutz mehr. Ich habe daraufhin veranlasst, dass wir entsprechende Ausschreibungen bzw. Angebote einholen, um hier so schnell wie möglich zu reagieren.

Vielen Dank.

Ende des Wortprotokolls

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.0 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013 Vorlage: V/2013/11871

zu 6.0.0 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Dringlichkeitsvorlage - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013 - Vorlagen-Nr.: V/2013/11871 Vorlage: V/2013/11885

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, begründete den Änderungsantrag damit, dass es eventuell ein Problem bei den betroffenen Unternehmen geben könnte und machte dazu nachfolgende Ausführungen.

Das Soforthilfeprogramm vom Bund und Land werde von der Investitionsbank des Landes ausgezahlt. Und im Antrag auf Soforthilfe gäbe es gewisse Klauseln, dass zum Beispiel eingehende Versicherungsleistungen und auch Zuwendungen Dritter, wie Spenden, angerechnet werden. Das heißt, wenn jemand Spenden bekommt, vermindert das den Schaden, den derjenige angeben könne.

Das Hilfsprogramm des Landes sei so angelegt, dass man 50 % des entstandenen Schadens ersetzt bekommt, maximal 50.000 € und in besonderen Härtefällen 100.000 €.

Herr Scholtyssek führte an, dass zum Beispiel bei einem erlittenen Schaden von 100.000 € eine Soforthilfe beantragt und 50.000 € ausgezahlt wurden. Sollte danach noch eine Beantragung bei der Stadt erfolgen mit der maximal zulässigen Auszahlung von 10.000 €, dann mindern diese 10.000 € den entstandenen Schaden. Dies wären dann nicht mehr 100.000 €, sondern nur 90.000 €, weil 10.000 € schon durch die Spenden der Stadt gedeckt worden. Dann bekäme der Unternehmer vom Land die Hälfte von 90.000 € und ihm würden dann nur 45.000 € zustehen und die Investitionsbank würde 5.000 € zurückfordern.

Herr Scholtyssek machte deutlich, dass die Antragsteller sowohl in der Richtlinie als auch im Antrag darauf aufmerksam gemacht werden sollten.

Hinzu komme auch, dass im Formblatt der Investitionsbank unter dem Punkt 7d vermerkt sei: „Uns ist bekannt, dass der beantragte Zuschuss eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches darstellt.“ „ ... jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mitzuteilen ist.“

Dies heißt für den Unternehmer, wenn er die Soforthilfe beantragt hat und danach von der Stadt eine Spendenzahlung bekommt, dass er dieses der Investitionsbank mitteilen muss, welche dann den entsprechenden Betrag zurückfordern würde.

Die zweite Änderung beziehe sich darauf, das Wort „Fördermittel“ durch „Zuwendung“ zu ersetzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Hinweise und erklärte, dass die Verwaltung die vorgeschlagenen Änderungen in die Richtlinie übernehmen werde.

Zum dargestellten Sachverhalt fragte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, ob dies auch zum Beispiel dafür gelte, wenn der Unternehmer 50.000 € für Mobiliar bei der Investitionsbank beantragt habe und jetzt von der Stadt 50.000 € für zerbrochenes Geschirr oder ähnliches haben möchte.

Herr Scholtyssek wies darauf hin, dass Unternehmen von der Stadt nur 10.000 € bekommen würden und es hier auch nur um den Gesamtschaden gehe.

Bei den Einwohnern gäbe es noch den Passus in der Richtlinie, dass nicht derselbe Schaden mehrmals beglichen werden darf, aber es könne zum Beispiel der Fernseher von der Investitionsbank und die Waschmaschine von der Stadt ersetzt werden.

Zusammenfassend merkte **Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht**, dazu an, dass es sich bei den Unternehmen auf die Schäden insgesamt beziehe und dann eine Anrechnung erfolgen werde.

Bei den Einwohnern sehe die Richtlinie des Landes vor, dass es möglich wäre, für einen Schaden, zum Beispiel den Kühlschrank, der im Wasser stand, eine Spendenauszahlung bei der Stadt zu beantragen und für den Fernseher beim Land.

Zur Richtlinie der Stadt, § 1, Absatz 1 – „Zuwendungen können nur gewährt werden, soweit kein Anspruch auf Ersatzleistungen durch Versicherungen besteht.“, fragte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, an, ob bei einem Schaden von 50.000 € und einem Versicherungsanspruch in Höhe von nur 10.000 € der noch offene Schaden durch Spenden gefördert werden könne. Dies müsse in der Richtlinie deutlich formuliert werden.

Weiterhin fragte **Herr Bönisch** zu § 4, Absatz 2 – „Die Zuwendungen sind zweckbestimmt und dürfen nur zur Wiederbeschaffung und Reparatur eingesetzt werden.“, ob dies bedeute, dass ein Nachweis zu erbringen sei.

Um den bürokratischen Aufwand zu minimieren, bat er darum, keine Aufstellung aller Rechnungen abzufordern, sondern nur eine Übersicht über das, was zum Schluss prüffähig wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Bönisch zu. Die Verwaltung werde die Vorschläge in die Richtlinie einarbeiten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte abschließend fest, dass der Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek von der Verwaltung übernommen wurde.

**zu 6.0.0 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Dringlichkeitsvorlage - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013 - Vorlagen-Nr.: V/2013/11871
Vorlage: V/2013/11885**

Abstimmungsergebnis:

erledigt
von Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen:*
 - a. *In § 1 wird ein neuer Punkt (4) aufgenommen: „Die Geschädigten werden darauf hingewiesen, dass nach dieser Richtlinie ausgezahlte Zuwendungen auf andere Leistungen oder Zuwendungen Dritter (z.B. Soforthilfeprogramm des Landes Sachsen-Anhalt für vom Hochwasser betroffene Einwohner, Eigentümer und Unternehmen) angerechnet werden und zu einer Reduzierung oder Rückzahlung dieser Leistungen oder Zuwendungen führen können.“*
Der bisherige Abs. 4 würde dann zu Abs. 5 werden.
 - b. *In § 1 Abs. 3 wird das Wort Fördermittel durch Zuwendungen ersetzt.*
2. *In die Antragsunterlagen wird ein entsprechender Hinweis gemäß § 1 Abs. 4 (neu) aufgenommen.*

**zu 6.0 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form/Text):

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden an Einwohner, Vereine/Verbände sowie Unternehmen/Freiberufler aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013.

zu 6.1 **Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**
Vorlage: V/2013/11762

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Dringlichkeitsvorlage - Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Vorlagen-Nr.: V/2013/11762)**
Vorlage: V/2013/11772

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Dringlichkeitsvorlage - Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Vorlagen-Nr.: V/2013/11762)**
Vorlage: V/2013/11772

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt erweitert.

2. Der zu ändernde Wirtschaftsplan für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 wird dem Stadtrat bis spätestens Juli 2013 vorgelegt.

zu 6.1 **Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**
Vorlage: V/2013/11762

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, zur Änderung des Geschäftsjahres der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

§ 1 Abs.3 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt geändert:

„Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Zur Umstellung auf das Kalenderjahr ist der Zeitraum vom 01. August 2013 bis zum 31. Dezember 2013 ein Rumpfgeschäftsjahr. Sollte eine Eintragung der Änderung des Gesellschaftsvertrages im Handelsregister nach dem 01. August 2013 erfolgen, beginnt das Rumpfgeschäftsjahr mit dem Zeitpunkt der Eintragung und endet am 31. Dezember 2013.“

**zu 6.2 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2014 wird beschlossen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass der Wirtschaftsplan einen weiteren städtischen Zuschuss von 408.000 € vorsehe und er gegen diesen Beschluss in Widerspruch gehen werde.

**zu 6.3 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2012 der
Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2013/11821**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Stadion Halle Betriebs GmbH bei dem Beschluss über die Bestellung des Abschlussprüfers wie folgt abzustimmen:

Beschlusstext:

Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Dr. Dornbach & Partner Treuhand GmbH aus Dessau-Roßlau
wird zum Abschlussprüfer der Stadion Halle Betriebs GmbH für
das Geschäftsjahr 2012 bestellt.

**zu 6.4 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: V/2013/11529**

Um das Mitwirkungsverbot zu beachten, bat **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, die betroffenen Stadträte um das Verlassen des Raumes während der Abstimmung.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2012 entlastet.

**zu 6.5 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2012
Vorlage: V/2013/11833**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) zum Stichtag 01.01.2012 mit einem Bilanzvolumen von 1.967.861.843,82 € wird gemäß § 104b Gemeindeordnung LSA festgestellt.

**zu 6.6 Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen (VE) im
Haushaltsjahr 2013 für die Baumaßnahme Brandschutzgrundsicherung,
Kellertrockenlegung und IT-Vernetzung Johann-Gottfried-Herder-
Gymnasium im investiven Finanzhaushalt
Vorlage: V/2013/11740**

In Bezug auf die Streichung der Baumaßnahme zum Ausbau der Thomasiusstraße fragte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, nach, wie jetzt weiter damit umgegangen werde, da diese Straße an einigen Stellen ein hohes Gefährdungspotential aufweise.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, führte dazu aus, dass im Moment nicht das Volumen an Städtebauförderung in der Stadt vorhanden sei, um die Baumaßnahme Thomasiusstraße über diesen Weg zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

3. Der Stadtrat billigt die in der Anlage 3, Aufgabenstellung zur Erarbeitung des Bebauungsplans Nr. 162 „Dölau, Wohngebiet am Heideweg“ genannten Planungsziele.

**zu 6.9 Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 155
„Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“
Vorlage: V/2013/11689**

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, fragte beziehend auf die Veränderungssperre an, ob die Verwaltung in der Lage sei, den B-Plan in den nächsten zwei Jahren vorzulegen.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass sich die Verwaltung in den nächsten Jahren mit diesem Thema beschäftigen werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 16 BauGB Absatz I BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ als Satzung.
2. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.10 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11777**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der auf Grundlage der OVG-Entscheidungen vom 16.4.2013 überarbeiteten Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2013/2014 wird zugestimmt.

**zu 6.11 Einziehung des Parkplatzes Robinienweg
Vorlage: V/2013/11755**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der selbständige Parkplatz Robinienweg wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.13 Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a Vorlage: V/2013/11656

zu 6.13.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE) zum Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a (Vorlage: V/2013/11656) Vorlage: V/2013/11886

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, äußerte, dass er bei einer Beschlussfassung dahingehend Bauchschmerzen hätte, da es zum ersten Mal die Situation gab, dass ein Mitglied eines Ausschusses wirklich sachkundig zu genau dieser Sache auskunftsfähig war. Dieses sachkundige Mitglied habe ein Angebot unterbreitet, welches sich um ein vielfaches günstiger darstellte als der Vorschlag der Verwaltung.

Auch habe er in der Vorlage für die Fördermittel STARK III nicht den Passus gefunden, warum beim Neubau von Turnhallen unbedingt die Passivbauweise durchgeführt werden müsse. Für ihn sei ein Neubau, der, auch wenn er die gleichen Mittel aufwenden lasse wie eine Sanierung, immer wirtschaftlich günstiger als eine Sanierung, denn das Restrisiko sei ausgeschaltet.

Desweiteren merkte **Herr Schachtschneider** an, dass natürlich den Schülerinnen und Schülern schnellstmöglich die besten Möglichkeiten zum Sporttreiben gegeben werden müssen, aber einfach einen Beschluss zu fassen, nur weil jetzt die Anträge so weit fortgeschritten seien, das könne er nicht akzeptieren. Es gäbe noch zu viele Mutmaßungen und aus diesem Grund könne er den Beschluss nicht wirklich mittragen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass vor der Stadtratssitzung eine kurze Sondersitzung des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF stattfand und dort der Vorlage inklusive dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt wurde.

Auch dort seien Bedenken geäußert worden, aber man habe versucht, durch die Zustimmung zum Änderungsantrag zu erreichen, dass die Verwaltung Kontakt mit dem Land aufnimmt, um nach einem Weg der Förderung eines Ersatzneubaus zu suchen. Und sollte es vollkommen ausgeschlossen sein, dann habe man es wenigstens versucht.

Abschließend machte **Herr Krause** den Vorschlag, dem Änderungsantrag zuzustimmen, um ein breites Spektrum an Möglichkeiten zu haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er die Ausführungen nachvollziehen könne und die Verwaltung die Vorschläge umsetzen werde.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, berichtete über die Diskussion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu diesem Thema und führte das Problem an, dass sich die Ausschussmitglieder bei solchen Bauprojekten oftmals nicht ausreichend informiert fühlten und es keine ausreichende Transparenz seitens der Verwaltung gäbe.

Aus diesem Grund habe man sich die Richtlinie in Bezug auf die Turnhalle noch einmal angesehen und dabei festgestellt, dass darin eindeutig geregelt sei, dass eine Förderung auch möglich wäre, wenn der Ersatzneubau wirtschaftlicher als die Sanierung sei.

Auch wurde im Verlauf des gesamten Verfahrens durch ein sachkundiges Mitglied nachgewiesen, dass es billigere Möglichkeiten gibt und man habe sich die Frage gestellt, wieso es überhaupt zu einem Antrag nur mit der Sanierung gekommen sei und nicht die Variante Ersatzneubau verfolgt wurde.

In der Antwort der Verwaltung habe man vorgerechnet, dass man nicht ein Einzelangebot, sondern Durchschnittspreise zugrunde legen müsse. Die Verwaltung habe auch damit argumentiert, dass man vermute, dass die EU feststellen wird, dass aus dem Land Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich viele Ersatzneubauten beantragt werden.

Frau Dr. Sitte merkte dazu an, dass sie aufgrund einer Vermutung keine politische Entscheidung fällen könne.

Und auch vor dem Hintergrund, dass es laut einem email-Verkehr mit der Investitionsbank die Information gäbe, dass das Land an dem Sanierungsvorhaben nichts mehr ändern werde, sollte jetzt nicht einfach ein Stadtratsbeschluss gefasst werden. Die Stadt müsse nochmals an das Land herantreten, um einen Ersatzneubau gerechtfertigt und genehmigt zu bekommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um eine konkrete Formulierung der noch offenen Fragen an die Verwaltung.

Und in Bezug auf die Anfragen beim Land, ob die vorgemerkten Gelder für einen Ersatzneubau verwendet werden können, teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass es eine klare Aussage vom Finanzministerium gab, dass die Gelder für die beantragte Sanierung und nicht für einen Ersatzneubau verwenden werden können.

Bezugnehmend auf die Kritik im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über die nicht frühzeitige Unterrichtung über das Vorhaben, teilte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, mit, dass bei diesem Bauvorhaben die Fraktionen ausnahmsweise rechtzeitig informiert worden sind, denn schon in der Ausschusssitzung am 13.11.2012 wurde das Thema diskutiert und durch die Stadträte geäußert, dass ein Neubau günstiger wäre. In dieser Sitzung habe Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, auf Nachfrage erläutert, dass die Abwägung zwischen Neubau oder Sanierung der Turnhalle noch nicht abgeschlossen sei und die Effizienzabwägung mit der Planung erfolge.

Herr Kley führte weiterhin aus, dass es nicht nur das angesprochene Einzelangebot gäbe, sondern es wurde im Stadtsportbund davon gesprochen, dass man eine Projektreihe für eine Bauart für 1,4 Mio. € für einen Hallenneubau habe und dies wurde durch einen städtischen Mitarbeiter dort auch vorgestellt. Damit hätte man im März schon den Neubau beantragen können.

Und in Bezug auf die von Frau Dr. Sitte angesprochene email an das Land merkte **Herr Kley** an, dass nicht das Finanzdezernat sondern ein von der Verwaltung beauftragtes Unternehmen, welches eigentlich die Aufgabe der Finanzeinsparung habe, sich zu dieser Problematik mit dem Land in Verbindung setzen musste.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Kley** darauf hin, dass der Finanzbeigeordnete seine Aufgaben wahrnehmen müsse, denn dieser habe zu diesem Thema noch nie über Einsparungen geredet, sondern immer nur begründet, warum der Beschluss so sein müsse. Es werden eindeutig mindestens 400.000 € mehr ausgegeben für einen Bau, der schlechter ist als ein Neubau, der höhere Folgekosten hat und der für die Stadt auch nachdrücklich eine schlechtere Bilanz ergeben wird.

Und an den Oberbürgermeister gewandt führte **Herr Kley** aus, dass dieser zwar bereit sei, für 10.000 € Stadtratsbeschlüsse zu kanzeln, aber in diesem Fall einfach zusehe.

Desweiteren äußerte er sich dahingehend, dass das Verfahren noch nicht beendet sei und nachgeprüft werden müsse, wie es dazu kam, dass hier zu einer teureren Sanierung geraten wurde und wer an dieser Stelle ein Interesse hatte.

Und der Finanzbeigeordnete müsse sich am Ende fragen lassen, ob er seinen Aufgaben nachgekommen ist.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Kley zu und informierte, dass in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften von einer Mitarbeiterin des Fachbereiches Bildung mitgeteilt wurde, dass man im Antragsverfahren schon so weit sei und dies nur juristisch, wenn der Bescheid käme, zurückgeholt werden könne.

Ebenso gab er zu bedenken, dass die Sanierung mindestens ein Jahr dauern werde. Und sollte der Fördermittelbescheid erst im August oder September bewilligt werden, könne man theoretisch nicht mit der Sanierung fertig werden, da der Förderschluss der 31.08.2014 sei.

Beim Neubau hingegen könne man im nächsten Frühjahr anfangen und würde pünktlich bis August die Halle fertig stellen können.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stellte fest, dass immer wieder versucht werde, fehlerhaftes Verhalten der Verwaltung zu vertuschen. Seit November letzten Jahres diskutiere man zu diesem Thema und die Stadtverwaltung sei nicht imstande, eine wirtschaftlichere Alternative vorzustellen, darüber nachzudenken und zu prüfen.

In diesem Zusammenhang erinnerte er an den gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Fraktion vom November beziehungsweise Dezember des letzten Jahres zur Steuerung der verwaltungsinternen Abläufe bei der Abarbeitung der STARK III-Anträge. Er sei überzeugt davon, dass diese Dinge nicht ernsthaft umgesetzt worden sind.

Herr Dr. Meerheim bat darum, nicht nur beim Land anzufragen, ob ein Neubau jetzt noch möglich wäre, wenn er wirtschaftlicher ist, sondern darauf hinzuweisen, dass dabei zwischen 250.000 € und 400.000 € weniger an öffentlichen Mitteln verbraucht werden.

Auch im Namen seiner Fraktion forderte **Herr Dr. Meerheim** die Stadtverwaltung auf, nicht nur die Entscheidungsstrukturen zu überprüfen, sondern auch die persönlichen Verantwortlichkeiten, warum diese Prüfung, die offensichtlich schon laut Protokoll im November 2012 zugesagt wurde, offensichtlich nicht stattgefunden hat. Und wenn sie stattfand, warum dem Ausschuss nie ein Ergebnis vorgetragen worden ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt fühle man sich erpresst mit der Situation, dass die Kinder auf eine neue Turnhalle warten würden, denn man sei zwar bereit, Geld für eine neue Halle zu investieren, aber nicht in der Art und Weise, wie die Verwaltung in der Vergangenheit zu diesem Thema mit den Stadträten umgegangen sei.

Aus diesem Grund bat er die Verwaltung darum, die Entscheidungswege bezüglich der Beschlussvorlage zu prüfen sowie die Verantwortlichkeiten, bis hin zur Haftung, wer in diesem Fall die 400.000 € zu verantworten hat.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die Stadträte bei solchen Problemfällen früher abgeholt werden müssen, um über Alternativen zu entscheiden und nicht am Ende nur noch zustimmen zu dürfen.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass an zwei Stellen in der Richtlinie vom wirtschaftlichen Einsatz gesprochen werde. Und zur Verständlichkeit wäre es besser, in ihrem Änderungsantrag zum Punkt 3 noch das Wort „*wirtschaftlich*“ vor Ersatzneubau einzufügen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte dazu an, dass der Landesrechnungshof immer wieder öffentliche Einrichtungen überprüfe und dort Schwachpunkte und Kritiken anbringe und mit diesem Thema hätte jetzt die Verwaltung die Gelegenheit, an den Landesrechnungshof heranzutreten und die Problematik vorzustellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er sich den Vorgang ansehen und ihn vollständig durchprüfen werde.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass er den vorgenannten Ausführungen zustimmen könne und deshalb auch der Strukturvorschlag zum ZGM gemacht worden sei. Er werde dafür sorgen, dass die kritisierten Punkte abgestellt und aufgearbeitet werden und vorher werde es auch keine Auslösung eines Auftrages geben.

Abschließend merkte **Herr Misch, CDU-Fraktion**, noch an, dass Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Aussage machte, dass die vorgelegten Unterlagen zum Bauvorhaben nicht ausreichend und noch eine qualifizierte Bearbeitung dieser unbedingt notwendig seien.

Dieser Aussage haben sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften in ihrer letzten Sitzung auch angeschlossen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages mit der Ergänzung zu Punkt 3: „ . . . ob die Realisierung eines **wirtschaftlicheren** Ersatzneubaus möglich ist,“

**zu 6.13.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE) zum Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a (Vorlage: V/2013/11656)
Vorlage: V/2013/11886**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um Punkt 3 ergänzt:

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Land Verhandlungen aufzunehmen, ob die Realisierung eines **wirtschaftlicheren** Ersatzneubaus möglich ist, der dann das Sanierungsvorhaben ersetzt.
Über das Ergebnis ist in den Fachausschüssen zu berichten.

zu 6.13 Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a
Vorlage: V/2013/11656

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die energetische Sanierung der Turnhalle im Rahmen des STARK III-Förderprogramms, Phase I, unter Vorbehalt eines Förderbescheides.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalts- und Investitionsplanung vorzunehmen.
3. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Land Verhandlungen aufzunehmen, ob die Realisierung eines wirtschaftlicheren Ersatzneubaus möglich ist, der dann das Sanierungsvorhaben ersetzt. Über das Ergebnis ist in den Fachausschüssen zu berichten.**

zu 6.14 Anpassung der Finanzierungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) an die Gesetzesänderung KiFöG
Vorlage: V/2013/11763

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Anpassung der Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) zur Erstattung der notwendigen Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) gemäß Kinderförderungsgesetz vom 23.01.2013 - Inkrafttreten zum 01.08.2013

zu 6.15 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2013/11603

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.16 Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Theater
Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11888**

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Vorlage in den nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung gehöre, da hier eine Firma namentlich genannt wird und deshalb eine öffentliche Diskussion nicht möglich sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Anmerkungen von Herrn Krause zu und kündigte an, dass die Verwaltung dies in Zukunft berücksichtigen werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012/2013 zu fassen:

„Die BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Sachsen-Anhalt in Halle (Saale), wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle gewählt.“

**zu 6.17 Mehrausgabe zur Vorfinanzierung der Kosten für die Beseitigung der
Flutfolgen im MMZ
Vorlage: V/2013/11887**

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat um eine Erläuterung dazu, wofür das Geld gebraucht, wie es refinanziert wird und welcher Nutzen daraus entstehe.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte an, inwieweit die Mittel des Bundes gesichert seien.

Dazu erläuterte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass die Mittel für die Reinigung der durch das Hochwasser mit Schimmelgefahr bzw. –befall beschädigten Tiefgarage benötigt werden. Ebenso auch zur Entkernung der ersten Etage und im Wesentlichen auch dafür, den oberen Teil des Gebäudes, der nicht von der Flut betroffen war, wieder ans Netz zu führen. Dort sollen Internet, Wasser, Abwasser, Klimaanlage und Lüftung möglichst so installiert werden, dass sie bei einem vielleicht nächsten Hochwasser keinen Schaden nehmen.

Zur Frage der Bundesmittel teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass er vom Land und auch vom Bund gehört habe, dass das MMZ zur sogenannten kommunalen Infrastruktur gehöre und zu 100 % refinanziert werde und der obere Teil und die Aufräumarbeiten auf jeden Fall dazu gehören.

Auch sei das Land gerade dabei, für das MMZ eine Lösung zu finden, wie man insgesamt

mit dem Thema umgehe, denn es hänge auch die universitäre Ausbildung und die Vernetzung mit Unternehmen daran. Außerdem habe man in Halle ungefähr 10.000 Beschäftigte im Medienbereich und damit sei die Stadt Halle (Saale) die Medienstadt des Landes Sachsen-Anhalt und daran möchte das Land auch festhalten.

Auf die Nachfrage von **Herrn Kley**, wem das Gebäude des MMZ gehöre, teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass das Gebäude zwar Eigentum der GmbH, diese aber eine 100 %ige Tochter der Stadt sei und es deshalb zur kommunalen Infrastruktur zähle.

Daraufhin stellte **Herr Kley** fest, dass es nicht Aufgabe der Stadt, sondern der GmbH sein müsse, das Gebäude instandzusetzen. Und die GmbH müsste einen Antrag zur Bereitstellung des Geldes an die Stadt stellen.

Herr Beigeordneter Neumann erklärte, dass ein Antrag der GmbH zur Vorfinanzierung bei der Stadt Halle vorliege. Bei einer Vorfinanzierung durch die Stadt hätte diese eine Forderung gegen die GmbH in gleicher Höhe und es sei abzuwarten, an wen die Fördermittel vom Bund bzw. vom Land letztendlich ausgereicht werden.

Weiterhin versicherte er, dass ein technisch sauberer Weg gefunden werde, das Geld in die GmbH zu transferieren und auch zurückzubekommen.

Frau Dr. Brock fragte an, ob es eine statische Berechnung gäbe, dass es überhaupt Sinn mache, die Tiefgarage wieder zu ertüchtigen.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass ein Gutachten eines Statikers vorliege, dass die technischen Anlagen in höheren Etagen bzw. auf dem Dach installiert werden können, denn trotz der Einbrüche in der Tiefgarage sei die Gebäudehülle selbst nicht betroffen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt für das Haushaltsjahr 2013 die Mehrausgabe für das MMZ in Höhe von 500 T€ zur Vorfinanzierung der Beseitigung der Flutschäden zur kurzfristigen Inbetriebnahme der nicht von der Flut betroffenen Etagen.

zu 7 Wiedervorlage

**zu 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

**zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-
Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion dem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zustimmen könne.

Sie begründete dies vor dem Hintergrund dessen, dass gegenwärtig gerade das Thema Klimawandel und auch der Beschluss des Klimaschutzkonzeptes der Kommune aktuell sei und mit dem Austritt aus den Umweltverbänden zur jetzigen Zeit ein falsches Signal gesetzt werde.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
18 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Punkte „Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis“ und „Kündigung der Mitgliedschaft im Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU)“ werden gestrichen.

**zu 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- ~~German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai (15.192,00 €)~~
- **UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)**

Reduzierung Beitragshöhe:

- Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung~~ Beitragsreduzierung von mind. 50%)
- ~~UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)~~

**zu 7.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Personalentwicklung
Vorlage: V/2013/11726**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, entschuldigte sich für das Verfahrensproblem, dass zuerst ein nicht richtig abgestimmter Antrag eingebracht wurde.

Jetzt liege der in der Fraktion abgestimmte Antrag vor. Dieser Antrag wurde schon im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften diskutiert und ihm wurde zugestimmt.

Herr Bönisch bat die Stadträte ebenfalls um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion zur Personalentwicklung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand unterstützte den Antrag und wies darauf hin, dass die Verwaltung bereits seit Monaten am Thema der Personalentwicklung arbeite.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte ihr Unverständnis zur Vorlage, da der Antrag jetzt einen komplett neuen Text beinhalte und wegen der Kurzfristigkeit noch keine Diskussion dazu in ihrer Fraktion stattfinden konnte.

Dazu merkte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, dass auch schon von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tischvorlagen mit komplett neuen Texten in den Stadtrat eingebracht worden sind, mit denen man sich dann auch auseinandersetzen musste.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. ~~Nicht besetzte Stellen des Stellenplans 2013 werden gestrichen.~~
Die Verwaltung führt unverzüglich eine stringente Aufgabenkritik durch, unter Berücksichtigung folgender Aspekte:
Gibt es derzeit erbrachte Leistungen, die zukünftig überhaupt nicht mehr erbracht werden müssen?
Gibt es Leistungen, deren Umfang zukünftig reduziert werden kann (Senkung von Standards)?
Gibt es Leistungen, die, bei gleichbleibenden Standards, kostengünstiger erbracht werden können?
2. ~~Die Stadtverwaltung unterbreitet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Modelle zur vorzeitigen Altersteilzeit und vorgezogenem Renteneinstieg bzw. Abfindungsregelungen für den Ausstieg aus der Verwaltung. Ziel soll ein sozialverträglicher Stellenabbau sein.~~
 - 2.1. ~~Die Stadtverwaltung verhandelt mit dem Landesverwaltungsamt über einen Finanzierungsweg. Ziel ist die Verwendung des VNG-Erlöses.~~
 - 2.2. ~~Die damit zusätzlich nicht besetzten Stellen werden ebenfalls aus dem Stellenplan gestrichen.~~

Zur Unterstützung der Aufgabenkritik lt. 1. führt die Verwaltung ernsthafte, intensive Benchmarkvergleiche mit mindestens denjenigen Städten durch, deren Personalkosten je Einwohner deutlich besser sind als in Halle.
3. ~~Die Verwaltung führt parallel eine Aufgabenkritik durch und passt den Personalbedarf an.~~
Die Stadtverwaltung erarbeitet Modelle, um ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anreize zu bieten, aus dem Beschäftigungsverhältnis auszuschneiden, den Arbeitszeitumfang zu reduzieren bzw. vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Ziel ist ein sozialverträglicher Stellenabbau.
Die Stadtverwaltung erarbeitet dazu einen Finanzierungsvorschlag. Dabei sollen die verbliebenen VNG-Erlöse berücksichtigt werden.

**zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule
„Albrecht Dürer“
Vorlage: V/2013/11629**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadt unterstützt das Konzept der Eltern der Grundschule „Albrecht Dürer“ zur Sanierung des Schulhofes, des Schulgartens und des Sportplatzes. ~~Die Stadtverwaltung teilt dem Stadtrat bis zur Sitzung des Bildungsausschusses am 07. Mai 2013 mit, welche Genehmigungen erteilt und Baumaßnahmen durchgeführt werden müssen und welche finanzielle Beteiligung durch die Stadt Halle (Saale) erfolgt.~~ **Die Stadtverwaltung verpflichtet sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Baumaßnahmen mit der Elternschaft abzustimmen, die Umsetzung zu befördern und die dafür notwendigen Genehmigungen zu erteilen. Die Verwaltung berichtet im Bildungsausschuss regelmäßig über den Stand der Maßnahme.**

**zu 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Völkerschlacht 1813
Vorlage: V/2013/11721**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, eine Konzeption für die Restauration des Völkerschlachtdenkmals sowie seines Umfeldes auf der halleschen Würfelwiese zu erstellen.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des
Winterdienstes auf Radwegen
Vorlage: V/2013/11701**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag dahingehend, dass die Verwaltung aufgefordert werden solle, ein Konzept zur schrittweisen Verbesserung der Situation für Radfahrer im Winter zu erarbeiten. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die für gewisse Hauptrouten für Radfahrer gelten sollte

Dazu teilte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion,** mit, dass die zusätzliche Räumung der Radwege Mehrkosten verursache, die von der Stadt nicht aufgebracht werden können. Desweiteren gäbe es auch das Problem der Lagerung des geräumten Schnees. Er halte den Antrag für völlig überzogen und plädierte aus diesem Grund für die Ablehnung.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, bat um Zustimmung zu diesem Antrag, da es dabei nicht darum gehe, den bestehenden Winterdienst einzuschränken, sondern es soll ein Konzept erstellt werden, inwieweit es bei bestimmten Hauptstrecken die Möglichkeit gäbe, diese auch im Winter durch Radfahrer zu befahren.. Und sollte die Verwaltung in ihrer Prüfung feststellen, dass es keine Möglichkeit der Realisierung gibt, müsse neu darüber diskutiert werden.

Zum gleichen Thema informierte **Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, dass auch am Runden Tisch Radverkehr über den Antrag diskutiert wurde und er empfehle, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nach langer Diskussion der Antrag abgelehnt worden ist. Von Herrn Braunisch, Teamleiter Straßen- und Winterdienst, wurde dort ausführlich dargelegt, dass es nicht einmal geschafft werde, in den Bereichen, wo die Stadt für die Bürgersteige verantwortlich sei, zu räumen. Und deshalb halte er es nicht für sinnvoll, sich mit einem Konzept zu beschäftigen, welches man aus finanzieller Sicht nicht umsetzen könne.

Herr Misch bat deshalb darum, der Ausschussempfehlung zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

18 Ja-Stimmen

29 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

~~1. im nächsten Winter zu gewährleisten, dass entsprechend der bestehenden Vorschriften der Straßenreinigungssatzung zur Fahrbahn gehörende Radwege bei der Durchführung der Winterdienstarbeiten angemessen berücksichtigt werden.~~

2. ein Konzept zur Verbesserung des Winterdienstes für Radwege in der Stadt Halle zu erarbeiten. Das Konzept soll eine Analyse der Ausgangssituation und einen Maßnahmenplan zur stufenweisen Verbesserung der Bedingungen auf wichtigen Haupttrouten enthalten sowie die Voraussetzungen für die Umsetzung aufzeigen (Kosten, Technik, notwendige Anpassungen der Straßenreinigungssatzung und des Vertrages über die Durchführung des Winterdienstes). Das Konzept ist bis Oktober 2013 vorzulegen.

zu 7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bedankte sich bei der Verwaltung für die positive Stellungnahme zum Antrag seiner Fraktion und er fragte an, ob jetzt die in der Stellungnahme aufgeführte Expertenliste aufgestellt und in den Stadtrat eingebracht wird.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, stellte dazu fest, dass eine Expertenliste vorbesprochen und aufgestellt sei und diese im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung zur Bestätigung vorgelegt werden könne.

Herr Häder nahm den Vorschlag von Herrn Neumann an und erklärte den Antrag seiner Fraktion damit für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag bis Juni 2013 vorzulegen, wie der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung hinsichtlich einer Beteiligung von Vertretern aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann und damit wissenschaftliche Belange mehr im Fokus des Ausschusses stehen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11850**

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE, zitierte aus der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung: „Sportspezifische Ausbildungseinheiten sind dem privaten Interesse dieser Schüler zuzurechnen und somit nicht von den Ansprüchen der Schülerbeförderung gedeckt.“

In diesem Zusammenhang müsse man sich noch einmal über Bildungsinhalte von Sportschulen verständigen und aus diesem Grund verwies er namens seiner Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss.

Herr Hajek, FDP-Fraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Sportausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Bildungsausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion
in den
Sportausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale) für die Ausübung ihres Sportanteils in der schulischen Ausbildung eine Fahrtkostenrückerstattung bekommen.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Stadtpark
Vorlage: V/2013/11851**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Kultur-
ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die unter Denkmalschutz stehende Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Stadtpark in einen ordentlichen Zustand zu versetzen.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für Wegweiser für die Freiraumgalerie
Vorlage: V/2013/11834**

Frau Dr. Sitte, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag ihrer Fraktion und den Punkt 1 und wies darauf hin, dass mit Wegweiser nicht zwangsläufig ein Pfeilwegweisschild mit Mast und Fundament gemeint sei, sondern es auch genügen würde, zum Beispiel mit schönen Graffiti auf die Freiraumgalerie hinzuweisen.

Ebenfalls merkte sie an, dass sie bei der Eröffnung der Freiraumgalerie im vergangenen Jahr Herrn Beigeordneten Stäglin empfohlen habe, dass regelmäßig ein Stadtfotograf die Veränderungen der Freiraumgalerie im Bild festhalten sollte, um sie auf der Internetseite der Stadt zu präsentieren. Sie fragte jetzt an, ob dies erfolgt sei.

Zum Thema des Fotografen konnte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, noch keine Auskunft geben, er werde sich aber erkundigen, was dazu erfolgt sei.

Bezugnehmend auf den Punkt 1 der Anfrage wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass die Verwaltung davon ausging, dass im Antrag von einem klassischen Schild als Wegweiser gesprochen wurde und deshalb in der Stellungnahme der Verwaltung auch die finanziellen Auswirkungen dafür deutlich gemacht wurden.

Zum Vorschlag des wegweisenden Graffitis merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass es kontroverse Einschätzungen zu Graffitis gäbe und noch einmal geprüft werden müsse, welche sinnvolle Wegweisung für die Freiraumgalerie in Frage käme.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte die Einschätzung von Frau Dr. Sitte zum Punkt 1 und bat die Verwaltung, sich mit dem Betreiber der Freiraumgalerie in Verbindung zu setzen, um einen Weg zu finden, in welcher Art eine Wegweisung erfolgen sollte.

Ebenfalls unterstütze sie den Beschlusspunkt 2, die Öffentlichkeitsarbeit für die Freiraumgalerie von der Stadt betreiben zu lassen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass das Grundanliegen der Freiraumgalerie und die dahinter stehende Philosophie eine temporäre Gestaltung von nichtgenutzten Häusern war. Und aus Gesprächen mit Herrn v. Busse, Betreiber der Freiraumgalerie, sei ihr bekannt, dass er festgestellt habe, dass die ersten Hauseigentümer bereits feste Vorhaben und Pläne haben, die Häuser nun doch zu sanieren oder deren Sanierung in Angriff zu nehmen. Ebenfalls könne sie nicht nachvollziehen, dass es für dieses Projekt an Öffentlichkeitsarbeit mangle und sie verwies darauf, dass das Projekt auch ohne touristische Hinweisschilder auskomme.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte an, dass die Intention des Antrages darin bestehe, einen Wegweiser auf Dauer anzubringen, da das Projekt eine Besonderheit für Halle darstelle und deshalb gewürdigt werden müsse.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Frau Raab dahingehend zu, dass die Initiative auch ohne Zutun der Stadtverwaltung zurechtkomme und ihre Klientel finde. Jedoch könne am Beispiel der Freiraumgalerie Graffiti in ein anderes Licht gestellt und auch ein anderer Bevölkerungskreis angesprochen werden, welcher dies sonst eventuell nicht wahrnehmen würde.

Aus diesem Grund bat er um Unterstützung des Antrages und schlug eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte vor.

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Einzelabstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Freiraumgalerie in der Landsberger Straße touristische Wegweiser an geeigneten Stellen im Stadtgebiet anzubringen.
- 2) Zudem soll geprüft werden, inwiefern die Freiraumgalerie auf der offiziellen Internetseite der Stadt als Sehenswürdigkeit präsentiert werden kann.

zu 8.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende Vorlage: V/2013/11839

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass es bei den Kulturtickets nicht um rabattierte, von der Stadtverwaltung vorgehaltene Karten für die Studierenden an der Universität, an der Kunsthochschule und an der Kirchenmusikschule in Halle gehen soll.

Als Beispiel führte er die Stadt Göttingen an, welche erfolgreich ein Kulturticket für Studierende mit bestimmten Leistungen in Kulturhäusern, Bars, Theatern, Kinos, freie Szene und städtischen Einrichtungen eingeführt hat

Mit dem Antrag soll die Verwaltung den Impuls aufnehmen und das Gespräch mit den Vertretern des Studentenrates an der Universität suchen.

Herr Wolter folgte der Empfehlung des Oberbürgermeisters und verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Seine Fraktion werde in beiden Ausschüssen darlegen, wie man sich die Finanzierung der Kulturtickets vorstelle.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Kulturausschuss
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, einen Vorschlag zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende schnellstmöglich vorzulegen. Dazu sollen Verhandlungen mit den Hochschulen der Stadt aufgenommen werden. Über einen Zwischenstand zu den Verhandlungen wird der Stadtrat im September 2013 informiert.

zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Zentrums Neustadt und der Hochhausscheiben
Vorlage: V/2013/11854

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass im nächsten Jahr Halle-Neustadt 50 Jahre alt werde und schon jetzt der Stadtteil in der öffentlichen Diskussion stehe.

In einer kürzlich stattgefundenen Bürgerversammlung in Halle-Neustadt sei über die Zukunft der Hochhausscheiben diskutiert worden, mit dem Ergebnis, dass die heutige Situation nicht hinnehmbar sei und eine Lösung gefunden werden müsse.

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass intensiv an einer Lösung gearbeitet und untersucht wird, welche Möglichkeiten sich an dieser Stelle ergeben, die entsprechenden Häuser nach zu nutzen. Die Gebäude befänden sich zwar nicht im Besitz der Stadt, jedoch sei es die Aufgabe der Stadt, sich darüber Gedanken zu machen, wie sich das Stadtzentrum von Halle-Neustadt weiter entwickeln könne.

Aus diesem Grund bat **Herr Feigl** um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass der Antrag zu unterstützen sei, jedoch vorher eine Diskussion dazu stattfinden müsse und er verwies deshalb den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- 1. den Stadtrat über den jeweils aktuellen baulichen und sicherheitstechnischen Zustand der 5 Punkthochhäuser (Hochhausscheiben) entlang der Neustädter Passage zu informieren.*
- 2. dem Stadtrat zu berichten, welche Aktivitäten die Stadtverwaltung seit 2010 unternommen hat, um Nutzungsperspektiven für die betreffenden Gebäude zu entwickeln, beziehungsweise um einer weiteren Verwahrlosung des Zentrums Halle-Neustadt entgegenzuwirken.*
- 3. zu prüfen, ob eines der Gebäude als Standort für den künftigen Raumbedarf der Stadtverwaltung in Betracht kommt.*
- 4. zu prüfen, ob die Einsetzung eines städtischen Eigentümermoderators für das Zentrum von Halle-Neustadt eine positive Entwicklung befördern könnte.*

**zu 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung
Vorlage: V/2013/11855**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass es im Antrag darum gehe, sich in Zukunft bei der Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung auf drei Punkte zu konzentrieren:

1. dass es frühzeitig eine Einbringung gibt, so dass der Planungscharakter dieses Gegenstandes auch wirklich für das Folgejahr noch eine Relevanz hat,
2. dass es jetzt auch eine sozialräumliche Bedarfsplanung geben soll,
3. dass die wachsende Kindertagespflege mit in den Bedarfsplan aufgenommen wird.

Dissens gab es noch laut Stellungnahme der Verwaltung bei Punkt 1 zum Vorschlag über den Termin zum Vorlegen des Bedarfs- und Entwicklungsplanes Kindertagesbetreuung im Oktober. Ihre Fraktion könne auch mitgehen, statt Oktober den Monat Dezember festzulegen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich dahingehend, dass auch ihre Fraktion die Ablehnung des ersten Punktes durch die Verwaltung nicht nachvollziehen könne, denn laut Aussagen von Mitarbeitern von freien Trägern wäre es absolut möglich, eine Planung zum vorgeschlagenen Zeitpunkt vorzulegen.

Im Namen ihrer Fraktion konnte **Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE**, die Argumentation von Frau Wolff bestätigen und sie verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. *Der jährliche Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung der Stadt Halle (Saale) wird dem Stadtrat zukünftig spätestens im Oktober des Vorjahres zur Beschlussfassung vorgelegt.*
2. *Der Bedarfs- und Entwicklungsplan wird um die Darstellung einer sozialraumbezogenen Planung der Betreuungskapazitäten im Bereich Kinderkrippe und Kindergarten erweitert.*
3. *Zudem werden ab dem Planungszeitraum für 2014 die Betreuungskapazitäten in der Kindertagespflege berücksichtigt.*

**zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11856**

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (V/2013/11856)
Vorlage: V/2013/11884**

Frau Krausbeck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass im Stadtrat ein Beschluss zu den Kürzungen der Landesmittel für die Bühnen der Stadt und die Staatskapelle herbeigeführt werden soll.

Sie verwies darauf, dass in einem Trägergespräch am 12. Juni 2013 mitgeteilt wurde, dass der Stadt bereits für 2014 fast 2,85 Mio. € weniger für die Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH vom Land bereit gestellt werden. Und ein Konzept für die Folgejahre, welches diese Kürzung berücksichtigt, soll bereits Ende September 2013 fertig sein. Das Land gibt vor, dass es keine Haustarife mehr geben wird und alle Sparten erhalten bleiben sollen.

Eine Umsetzung dieser Vorschläge bedeute aus Sicht ihrer Fraktion, dass mit einem Schlag sämtliche Bemühungen zur Profilierung der Stadt Halle (Saale) als Kulturstadt konterkariert werden und es sei auch nicht möglich, das geforderte Strukturkonzept in so kurzer Zeit vorzulegen.

Mit dem Antrag wolle man die Stadtverwaltung auf den Weg bringen, Verhandlungen mit dem Land zu den Ergebnissen des Kulturkonvents zu führen.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion wies **Frau Krausbeck** darauf hin, dass dieser von der Diktion her nicht angebracht sei, dass die Stadtverwaltung beauftragt werden soll. Dies müsse nicht in dieser Schärfe formuliert werden, sondern der Oberbürgermeister hat die Position der Stadt entsprechend des Stadtratsbeschlusses zu vertreten und das sei dann auch ausreichend.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, stimmte im Namen ihrer Fraktion dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu, wies aber auch darauf hin, dass sie den Punkt 3 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion für sehr wichtig halten, denn ihrer Meinung nach habe sich der Oberbürgermeister nicht in notwendigem Maße für die Theater, Oper und Orchester GmbH eingesetzt. Vielmehr sei der Eindruck entstanden, dass durch die öffentliche Kritik am Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH die Probleme nur hausgemacht seien, denn an keiner Stelle wurde erwähnt, dass seit 2009 dort schon wichtige Einsparungen und Veränderungen vorgenommen worden sind

Sie wies auch darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag die unterschiedlichen Ausgangspositionen von Magdeburg und Halle gut begründet und gut aufgezeigt haben und dem nichts hinzuzufügen sei.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand forderte sie jedoch auf, sich in anderer Art und Weise für die Kultur einzusetzen und für die Stadt stark zu machen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf die Ausführungen von Frau Krausbeck und gab den Hinweis, dass es ein Signal gewesen sei, wenn ihre Fraktion mit dem Antrag schon

im Vorfeld auf die anderen Fraktionen zugekommen wäre und man einen gemeinsamen Antrag hätte einreichen können.

Desweiteren vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass die öffentliche Diskussion um den Streit des Stadtoberhauptes mit dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH die Position gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt schwäche.

Der Oberbürgermeister müsse für die Kultur eintreten und dem Land klarmachen, dass es nicht so einfach hingenommen werde, Einsparungen in den vorgesehenen Größenordnungen in der Kultur vorzunehmen. Es müsse auch in Magdeburg begriffen werden, dass das A-Orchester, die Staatskapelle, Leuchttürme in der Kulturlandschaft seien, welche durch die geplanten Einsparungen kaputt gemacht werden.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Krause** noch einmal deutlich, dass der Oberbürgermeister hinter der Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH stehen müsse, um auch dem Land zu signalisieren, dass die Stadt Halle (Saale) den Ruf als Kulturhauptstadt nicht kampflos aufgeben wird und schon gar nicht, wenn solche Kürzungspläne entgegengestellt werden.

Und als Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, dessen Partei gleichzeitig auch mit in der Regierung des Landes sitze, führte **Herr Krause** aus, dass man langsam anfangen müsse, für die Kultur und auch für die Universitäten zu streiten, denn sonst werde das Land die Stadt mit Kürzungsplänen überziehen, wobei die Stadt Halle (Saale) nur Nachteile haben wird. Und zu diesem Kampf forderte er den Oberbürgermeister auf.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, äußerte dazu, dass man sich in der vorigen Woche im Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH darauf verständigt habe und ein Weg gefunden wurde, auch über die Sommerpause an dem geforderten Konzept zu arbeiten. Insofern könne über den Punkt 2 nicht so einfach abgestimmt werden, da man sonst vorwegnehme, dass kein Strukturkonzept erstellt werden könne.

Weiterhin bat er darum, sich in diesem Prozess konstruktiv mit einzubringen und verwies darauf, dass es einen Dialog zwischen dem Oberbürgermeister und Herrn Stiska und allen anderen Beteiligten gab und dies auch akzeptiert werden sollte.

Ansonsten sei er prinzipiell dafür, für die Theater, Oper und Orchester GmbH zu kämpfen und die einseitigen und nicht durch irgendwelche Strukturen untersetzten Kürzungen vom Land zurückzuweisen.

Abschließend bat **Herr Schramm** um eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, machte daraufhin den Vorschlag, den Punkt 2 evtl. wegzulassen und im Punkt 1 hinter die Zahl „2014“ die Worte „in Höhe von 2.848.800 €“ einzufügen.

Und zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion führte **Herr Dr. Meerheim** aus, dass er nicht damit einverstanden sei, dass der Oberbürgermeister angewiesen werde. Hier müsse eine andere Wortwahl gefunden werden.

Und sollte dem Punkt 3 der CDU-Fraktion als Ersatz für den Punkt 3 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt werden, bat Herr Dr. Meerheim um die Einfügung des Wortes „**mindestens**“ hinter dem Wort „Kultureinrichtungen“.

Er begründete dies damit, dass der Kulturkonvent gefordert habe, 15 Mio. € mehr für die Kulturlandschaft auszugeben. Und das Problem für die Stadt Halle (Saale) seien nicht nur die 2,8 Mio. €, die als Kürzung seitens des Landes avisiert worden sind, sondern ab 2014 auch das Auslaufen der Haustarifverträge. Und selbst wenn die Kürzung vom Land nicht käme, könne in dieser Art und Weise, bei gleichbleibender Landesförderung, der Bestand

der Theater, Oper und Orchester GmbH, in der Struktur, mit allen Sparten, nicht gehalten werden.

Und bezugnehmend auf die letzte Sitzung des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass man beschlossen habe, intern nach Wegen zu suchen, bestimmte Kosten zu senken, ohne dass Qualität verloren geht und unabhängig von den Kürzungen und von dem, was 2014 durch das Auslaufen der Tarifverträge droht.

Nach Auffassung seiner Fraktion sei der Punkt 2 zu streichen, weil er missverständlich sei und unter Umständen falsch verstanden werden könnte.

Herr Müller, CDU-Fraktion, stimmte im Namen seiner Fraktion den Änderungsvorschlägen von Herrn Dr. Meerheim zu. Es werde das Wort „**mindestens**“ eingefügt und das Wort „*angewiesen*“ durch „**aufgefordert**“ ersetzt.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, äußerte sich zum beabsichtigten Insolvenzrettungsschirm für die Theater, Oper und Orchester GmbH dahingehend, dass aus seiner Sicht damit letztendlich die Theater, Oper und Orchester GmbH zerschlagen werde und er bat darum, davon Abstand zu nehmen.

Ansonsten unterstütze er aber den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu den Anmerkungen der Vorredner und merkte dazu an, dass es mit dem Antrag nicht um eine Petition oder Resolution gehe, sondern um die Positionsbestimmung des Stadtrates zur Kultur.

Und an Herrn Krause gewandt merkte sie an, dass es aus Zeitgründen leider nicht möglich war, eine Abstimmung des Antrages mit den anderen Fraktionen vorzunehmen.

Bezugnehmend auf die Diskussion zu Punkt 2 erklärte **Frau Dr. Brock**, dass dieser noch nicht erledigt sei, da es bei dem jetzt zu erarbeiteten Konzept darum gehe, wie man den Aufwuchs von Kosten, ohne eine städtische Erhöhung zu haben, gut in das Geschäftsjahr integrieren könne. Es gehe dabei nicht um die knapp 3 Mio. € Kürzung vom Land.

Und zu den Punkten 3 des Antrages ihrer Fraktion und der CDU-Fraktion merkte sie an, dass nichts dagegen spreche, diese gegeneinander abstimmen zu lassen. Dabei sollte nicht kontrovers, aber im Sinne einer Entscheidung, was den einzelnen Stadträten wichtiger erscheint, abgestimmt werden.

Ansonsten hoffe sie, dass der Stadtrat an dieser Stelle der Bevölkerung und den Kulturschaffenden deutlich mache, dass mit einer Stimme und mit einer Kraft gesprochen werde.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, erklärte, dass sie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in gewisser Weise nachvollziehen könne und verwies in diesem Zusammenhang auf die Personalversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH, wo Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand seine Teilnahme abgesagt habe. Dies werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt von den Engagierten und Betroffenen als mangelnde Unterstützung gewertet.

Desweiteren wies sie darauf hin, dass sie erwartet hätte, dass sich die Oberbürgermeister der drei großen Städte in Sachsen-Anhalt, Dessau, Magdeburg und Halle (Saale) zusammengefunden und zum Thema Kultur gemeinsam gegenüber dem Land aufgetreten wären.

Sie fügte hinzu, wenn es zutreffend sei, dass der Kultusminister angekündigt hat, dass es die Landesmittel nur gibt, wenn tarifgerecht bezahlt und keine Tarifverträge mehr abgeschlossen

werden, dass man dann nicht nur die Kürzungssumme zu verkräften habe, sondern es würde überhaupt kein Geld an dieser Stelle mehr vom Land geben. Und dagegen müsse sich der Stadtrat wehren, um nicht in die Rolle des Entlassers gedrängt zu werden, denn die erforderliche Summe werde man auch durch Strukturveränderungen nicht herausbekommen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Sitte zu und erklärte, dass seine Fraktion ebenso den Auftrag an die Verwaltung und die Aufforderung an den Oberbürgermeister, hier für die Stadt einzutreten, unterstützen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand knüpfte an die Anmerkungen der Vorredner an und wies darauf hin, dass viele Dinge nicht korrekt dargestellt worden seien und er diese klarstellen wolle.

Es habe vom Land die Mitteilung gegeben, dass die Stadt Halle (Saale) im Kulturbereich eine Kürzung von 2,8 Mio. € erhalten soll. Dieser Vorschlag sei auf Landesregierungsebene erarbeitet worden. Er habe auf der Trägersitzung dem Minister deutlich gemacht, dass er diese Summe nicht akzeptieren könne und auch in Zukunft dafür kämpfen werde, die Stadt auch auf diesem Gebiet weiter voranzubringen.

Bezugnehmend auf die Theater, Oper und Orchester GmbH führte er aus, dass seit mindestens zwei bis drei Jahren auch dem Stadtrat bekannt sei, dass im nächsten Jahr die Theater, Oper und Orchester GmbH einen Mehrbedarf von 1 Mio. € habe. Herr Stiska habe dies seit Monaten immer wieder auch deutlich gemacht und selbst in den Medien von der Insolvenz gesprochen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte weiter, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender die Pflicht habe, dies zu untersuchen. Juristisch gäbe es im § 18 der Insolvenzordnung dafür den ganz klaren Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit, wenn abzusehen ist, dass in zwei Jahre dies zu 50 % Wahrscheinlichkeit eintreten wird. Und da der Aufsichtsrat laut GmbH-Gesetz auch eine Überwachungsfunktion habe, gäbe es die Verpflichtung, diese drohende Zahlungsunfähigkeit anzuzeigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte weiter, dass man jetzt ein klares Signal dahingehend setzen müsse, endlich ein Sanierungskonzept zu erarbeiten. Es wurde auch von allen Beteiligten akzeptiert, bis zum 06.09.2013 einen Bericht dazu vorzulegen. Desweiteren werde er auch einen Antrag in den Aufsichtsrat einbringen, um die drohende Zahlungsunfähigkeit feststellen zu lassen. Dies sei die gesetzliche Pflicht, daraus würden sich auch bestimmte Rechtsfolgen ableiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte weiter dazu aus, dass er regelmäßig mit Herrn Kultusminister Dorgeloh zu diesen Themen im Gespräch sei und dass alle Mitglieder des Aufsichtsrates sich darüber klar waren, dass es sinnvoll wäre dem Land zu signalisieren, dass man sich mit einem Strukturkonzept auf den Weg begäbe.

In Bezug auf eine weitere Finanzierung wies er darauf hin, dass die Theater, Oper und Orchester GmbH bei einem Sanierungsangebot auf jeden Fall auf der sicheren Seite sei und eine Chance habe, gegebenenfalls vieles zu verändern und die Zeiträume möglicherweise zu strecken, um eventuell aus dem Anpassungsfond sehr viel wertschöpfen zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand betonte, dass dies sein klares Ziel sei, ebenso wie die Erhaltung aller fünf Sparten im Kulturbereich. Auf diesen Weg habe man sich im Aufsichtsrat verständigt und Einstimmigkeit über diese Entscheidung erzielt.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies Herrn Oberbürgermeister auf einen grundsätzlichen

Denkfehler aus seiner Sicht hin, dass das Land seit über zehn Jahren von der Vertragslage wusste und auch zum Thema Insolvenz.

Er führte dazu aus, dass zum Beispiel der Orchesterbereich am teuersten sei und man bei eventuellen Strukturänderungen daran denken müsse, dass diese Personen ein Rückkehrrecht als städtische Bedienstete oder städtische Angestellte haben.

Das bedeute, dass Strukturveränderungen immer zu Lasten des städtischen Haushaltes gehen würden, denn das existierende A-Orchester könne nicht nur durch die Stadt Halle (Saale) finanziert werden.

Weiterhin informierte **Herr Krause** darüber, dass er dem Kultusminister den Vorschlag unterbereitet habe, eine Landesorchester GmbH zu gründen. Mit diesem Vorschlag wären auch die Musiker einverstanden und man könne Schönebeck, Magdeburg, Dessau und Halle (Saale) zusammen betrachten.

Sollte das Land sich aber nicht dazu bekennen, teile er die Auffassung, dass ein Strukturkonzept nicht dazu führe, die geforderte Einsparsumme zu erzielen.

Frau Ewert verwies in ihren Ausführungen auf die durch den Oberbürgermeister festgelegte Aufsichtsratssitzung, welche ohne weitere Abstimmung mit den Teilnehmern terminiert worden ist. Diese Vorgehensweise könne sie nicht befürworten und sie bat Herrn Oberbürgermeister um eine bessere Kommunikation nicht nur nach außen, sondern auch in den Stadtrat hinein. Und wenn der Stadtrat und der Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH vernünftig mitgenommen werden sollen, bedarf es auch einer vernünftigen Umgangsweise miteinander.

Herr Wolter bezog sich in seinen Ausführungen auf die Aussagen des Oberbürgermeisters zur Insolvenz der Theater, Oper und Orchester GmbH und erklärte, dass Herr Stiska diesen Begriff als Argumentation eines Szenarios und nicht im Sinne des juristischen Begriffs verwendet habe, um zu signalisieren, dass die Theater, Oper und Orchester GmbH auskömmlich finanziert werden müsse.

Er bat den Oberbürgermeister darum, ganz klar nach außen darzustellen, dass zwar eine Strukturveränderung erfolgen müsse aber andererseits eine klare Forderung an das Land bestehe, keine Kürzungen im Kulturbereich zu veranlassen.

Frau Dr. Brock nahm Bezug auf den Punkt 2 des Antrages und merkte an, dass ihre Fraktion damit ausdrücken wollte, dass man als Stadt nicht bereit und in der Lage sei, bis zu dem vom Land genannten Termin einen Strukturvorschlag unter Berücksichtigung der genannten Einsparungen, plus der eigenen Defizite, vorzustellen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, schlug nachfolgende Verfahrensweise zur Abstimmung vor.

Zuerst werde über den geänderten Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt, in welchem das Wort „*angewiesen*“ durch „**aufgefordert**“ ersetzt und hinter dem Wort „*Kultureinrichtungen*“ das Wort „**mindestens**“ eingefügt werden soll.

Dabei erinnerte er an die vorherige Diskussion, wonach die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Beschlusspunkt 3 statt der Formulierung „*Die Stadtverwaltung*“ die Worte „**Der Oberbürgermeister**“ übernimmt.

Danach könne über den Beschlusspunkt 2 abgestimmt werden. Sollte dieser die Mehrheit verfehlen, wäre automatisch die Änderung im Beschlusspunkt 1 eingefügt, dass die Summe „**in Höhe von 2.848.800 €**“ mit erwähnt wird.

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (V/2013/11856)
Vorlage: V/2013/11884**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Beschlusspunkt 3 wird wie folgt geändert:

3. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird ~~angewiesen~~ **aufgefordert**, sich persönlich und vorbehaltlos bei der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Beibehaltung der Landesförderung für die halleschen Kultureinrichtungen **mindestens** in ihrer bisherigen Höhe einzusetzen.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Beschlusspunkt 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Der Stadtrat stellt fest, dass die Stadt Halle (Saale) bis zum 30.09.2013 kein angepasstes Strukturkonzept für die städtische Gesellschaft unter Erhalt der Sparten vorlegen kann, welches annähernd den avisierten Kürzungsvorschlag in Höhe von 2.848.800 € ab dem kommenden Haushaltsjahr berücksichtigen kann.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Bartl bat jetzt um Abstimmung zum Beschlusspunkt 1, in welchem hinter die Zahl „2014“ die Worte „**in Höhe von 2.848.800 €**“ eingefügt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abschließend verwies **Herr Bartl** darauf, dass der Beschlusspunkt 3 durch die Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion eingefügt sei und er bat um Abstimmung der so geänderten Beschlussvorlage.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Kürzungen des Landes bei der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11856**

Einzelabstimmung: **B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt**
B.-Punkt 2: mehrheitlich abgelehnt
B.-Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) protestiert gegen die Ankündigung der Landesregierung zur Kürzung der Landeszuschüsse für die Theater und das Orchester der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ab 2014 **in Höhe von 2.848.800 €** und fordert den Landtag in Sachsen-Anhalt auf, diesen Vorschlägen nicht zuzustimmen.

zu 8.9 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11875

zu 8.9.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zum Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" (Vorlage: V/2013/11875)
Vorlage: V/2013/11894

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte dazu, dass der Beschlussvorschlag zum Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) um den Satz „**Die Deckung der daraus entstehenden Mehrkosten ist im Nachtragshaushalt 2013 nachzuweisen.**“ erweitert werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass es keinen Aufwuchs im Haushalt geben werde. Deshalb sollte das Wort „*Mehrkosten*“ durch „**Kosten**“ ersetzt werden.

Zum gleichen Thema teilte **Herr Misch, CDU-Fraktion**, mit, dass nicht klar sei, ob es durch die Erhöhung der Honorare zu Mehrkosten kommen wird. Denn in der Vergangenheit habe man gehört, dass bei den Mitteln, die für Honorarkräfte eingestellt worden sind, am Jahresende 40.000 € übrig waren. Und in diesem Zusammenhang fragte Herr Misch an, wo diese 40.000 € abgeblieben sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies diese Information als Fehlinformation zurück, da es sich dabei um Fördermittel gehandelt habe, die zweckgebunden waren und diesbezüglich nicht eingesetzt werden können. Dies sei auch der Grund für die Verzögerung bei der Suche nach Deckungsmöglichkeiten in der Verwaltung gewesen.

In Bezug auf die Mehrkosten stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, klar, dass man nicht nur eine Erhöhung der Honorare, sondern tatsächlich eine Erhöhung der damit verbundenen Kosten in der Position beschließen wolle. Es soll für mehr Leistung auch mehr Geld gegeben werden.

Weiter führte **Herr Bönisch** aus, dass von der Verwaltung keine Vorschläge zur Deckung der Mittel gemacht worden sind und da der Stadtrat die Hoheit über die Finanzmittel habe, diese Mehrkosten jetzt beschlossen werden sollen und die Deckung im Nachtragshaushalt darzustellen ist.

zu 8.9.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zum Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" (Vorlage: V/2013/11875)**
Vorlage: V/2013/11894

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt erweitert:

2. Die Deckung der daraus entstehenden Mehrkosten ist im Nachtragshaushalt 2013 nachzuweisen.

zu 8.9 **Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"**
Vorlage: V/2013/11875

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis zum Beginn des neuen Schuljahres 2013/2014 die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ auf mindestens 18,--€ pro Stunde anzuheben.
- 2. Die Deckung der daraus entstehenden Mehrkosten ist im Nachtragshaushalt 2013 nachzuweisen.**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand kündigte an, aufgrund der Ausführungen von Herrn Bönisch Widerspruch gegen die Entscheidung des Stadtrates einzulegen.

Daraufhin bat **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand um Zurückahme des Widerspruchs mit der Begründung, dass die Verwaltung seit Einreichung des Antrages und seit dem festgestellt wurde, dass Mittel, die im vergangenen Jahr nicht übertragbar sind, für diesen Antrag nicht verwendet werden dürfen, selber geäußert habe, dass sie einen Vorschlag dazu machen wolle. Dieser sollte im Rahmen der Aufstellung des Nachtragshaushaltes berücksichtigt werden.

Herr Dr. Meerheim verwies darauf, dass er den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg aufgenommen und in einen Änderungsantrag umgewandelt habe. Darin werde kein Kostenaufwuchs vorgeschlagen, sondern die Verwaltung erhalte den Auftrag, die Deckung der daraus erwachsenen Mehrkosten im Nachtrag nachzuweisen.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Michael Sprung (CDU-Fraktion) zum Bolzplatz im Buchenweg Vorlage: V/2013/11782

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur Brandschutzerziehung in Halle (Saale) Vorlage: V/2013/11825

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung, dass das Projekt des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung in den Kindertagesstätten des Eigenbetriebes nicht aktiv wurde und er fragte nach der Herkunft dieser Aussage.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den Aufgaben städtischer Mitarbeiter bei Spielen des HFC Vorlage: V/2013/11826

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung, fragte **Herr Scholtyssek** an, inwieweit es nötig sei, dass städtische Mitarbeiter, die im Stadion für Sicherheit sorgen sollen, VIP-Eintrittskarten benötigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dazu fest, dass das Verfahren ab der kommenden Saison umgestellt und die beiden VIP-Eintrittskarten ebenfalls für ehrenamtlich tätige Vereine eingesetzt werden sollen.

zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Neumühle Vorlage: V/2013/11828

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Antwort der Verwaltung und regte an, zu prüfen, ob durch die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtmarketing ein einheitliches Konzept zu Hochwassermarken abgestimmt werden könne, da diese auch eine touristische Komponente darstellen.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu
Hemmungsfaktoren der Arbeit der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2013/11829**

*Auf Antrag von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**, wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

Herr Scholtyssek

Ja, da muss ich jetzt leider auch nochmal nachfragen.
Ich beginne mal so. Herr Oberbürgermeister, meinen Sie die Antwort, die Sie erteilt haben, wirklich ernst?

Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, sonst hätte ich sie nicht gestellt, Herr Scholtyssek.
Also sonst hätte ich das nicht so (.....*unverständlich*.....)

Herr Scholtyssek

Ja, dann muss ich jetzt doch nochmal weiter ausholen. Sie haben in der Presse (.....*unverständlich*.....)

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Kurze Nachfrage.

Herr Scholtyssek

Ja, Sie haben in der Presse mehrfach erläutert, dass in „halb Halle“ alte Kräfte am Werk sind. Ich habe in der Ratssitzung im Mai nachgefragt, wer das denn ist. Das haben Sie mit den Sätzen kommentiert: „Die alten Kräfte melden sich regelmäßig zu Wort. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.“

So, und das soll jetzt die umfassende Erörterung sein, auf die Sie sich hier in der Antwort beziehen. Damit gebe ich mich nicht zufrieden. Ich habe mich bei der Kommunalaufsicht dazu beschwert und ich habe auch eine Antwort bekommen.

Die haben mich verwiesen auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Magdeburg vom 04.08.2010 mit dem Aktenzeichen 9a3109 und die haben geschrieben: „Die Ihrer Beschwerde beigefügten Unterlagen lassen den Schluss zu, dass der Inhalt der Antwort nicht dem entspricht, was der Oberbürgermeister zum Inhalt der Antwort hätte machen können. Die gegebene Antwort wird dem Sinn und Zweck des § 44 Absatz 6 Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt nach hiesiger Auffassung nicht hinreichend gerecht.“

Ich frage Sie jetzt also in Anbetracht dieser Antwort noch einmal, bleiben Sie bei dieser Antwort oder werden Sie noch etwas ergänzen?

Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich ergänze nichts und bleibe bei dieser Antwort.

Herr Scholtyssek

Davon wünsche ich ein Wortprotokoll.
Danke.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Werner Misch (CDU-Fraktion) zu illegalem Graffiti im Stadtgebiet
Vorlage: V/2013/11830

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Neuen Residenz
Vorlage: V/2013/11835

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur ehemaligen Schweinemastanlage in Lettin
Vorlage: V/2013/11837

Diese Anfrage wird im September beantwortet.

zu 9.9 Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU-Fraktion) zum Standort der geplanten Ballsporthalle
Vorlage: V/2013/11838

Herr Bönisch brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass seiner Ansicht nach nicht intensiv nach einer Alternative für einen neuen Standort für den Fußballplatz gesucht worden ist.

zu 9.10 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den vollständigen Kosten für Ausschusssitzungen
Vorlage: V/2013/11858

Diese Anfrage wird im September beantwortet.

zu 9.11 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines Haushaltskennzahlensystems
Vorlage: V/2013/11775

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.12 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu den geplanten Nutzungen auf und um den Hufeisensee**
Vorlage: V/2013/11836

Diese Anfrage wird im September beantwortet.

zu 9.13 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Fehlplanung des IBA-Projekts Stadthafen**
Vorlage: V/2013/11783

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.14 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über Baumfällungen und Ersatzpflanzungen**
Vorlage: V/2013/11852

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.15 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jobticket**
Vorlage: V/2013/11853

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Quartalsbericht II/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG**
Vorlage: V/2013/11761

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Mitteilung zu Herrn Prof. Paul Raabe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass zum Tod von Herrn Prof. Paul Raabe ein Kondolenzbuch in den Franckeschen Stiftungen ausliege und er gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Stadtrates am Freitag an der Trauerfeier in Wolfenbüttel teilnehmen wird.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass folgende mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum MMZ
2. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Sperrmüll
3. Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Teilnahme am Wettbewerb "Das schönste Stadtfest"
4. Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Projekt „Kinderfreundliche Kommune“
5. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Theater, Oper und Orchester GmbH

Anfrage Fraktion DIE LINKE zum MMZ

Die schriftliche Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Sperrmüll in Kleingartenanlagen

Herr Dr. Diaby bedankte sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung seiner Anfrage.

Bezugnehmend auf seine Nachfrage, ob auch Kleingartenanlagen, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden, berücksichtigt worden, teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass in der Auflistung alle betroffenen Anlagen aufgeführt seien. Es habe dazu eine Rückkopplung mit dem Stadtverband der Gartenfreunde gegeben, in welchem alle Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz, auch in Privateigentum befindliche, gebündelt sind.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Teilnahme am Wettbewerb "Das schönste Stadtfest"

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass die Stadt mit dem Laternenfest an diesem Wettbewerb teilgenommen habe und das Bewerbungskonzept den Fraktionen zugestellt worden ist.

Sie führte weiterhin aus, dass es über 600 Bewerber für diesen Wettbewerb gab, die Stadt Halle (Saale) aber leider keinen Preis erhalten habe.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Projekt „Kinderfreundliche Kommune“

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass in der Verwaltung die Entscheidung getroffen wurde, die Vorlage solange zurückzustellen, bis eine Kostendeckung vorliege.

Es gab den Wunsch, die Kosten über Dritte abzudecken und deshalb hatte die Verwaltung bei Gesellschaften der Stadt um Unterstützung angefragt, jedoch nur negative Auskünfte dazu erhalten.

Da keine Kostendeckung für die benötigten 16.000 € gefunden wurde, sei die Erarbeitung einer weiteren Vorlage eingestellt worden.

Anfrage Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Theater, Oper und Orchester GmbH

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, informierte darüber, dass ein erstes Trägergespräch mit dem Kultusministerium stattgefunden habe und er fragte an, mit welchen Zielstellungen und Verabredungen dieses Gespräch geführt wurde.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das genannte Trägergespräch eine Informationsveranstaltung gewesen sei und es von daher keine Zielsetzung gab und er die Informationen in seinen Ausführungen zur Theater, Oper und Orchester GmbH schon genannt habe.

Aufgrund der Nachfrage wies er nochmals darauf hin, dass die Zielstellung der Verwaltung die Verhinderung der angekündigten Kürzungen im Kulturbereich sei.

Auf die Nachfrage von **Herrn Wolter**, weshalb nicht der Oberbürgermeister persönlich an dem Trägergespräch teilgenommen habe, erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass es die Abstimmung gab, dass als Vertreter der Stadt Herr Lork, Leiter BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und Herr Rauschenbach, Finanzberater der Stadt Halle (Saale), diesen Termin wahrnehmen.

Zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH teilte **Herr Wolter** mit, dass man sich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften aus politischen Gründen dazu verständigt habe, diesen Wirtschaftsplan zu akzeptieren. Er fragte in diesem Zusammenhang an, mit welcher Zielstellung und Begründung der

Oberbürgermeister gegen den Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Widerspruch einlegen wolle.

Dazu führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass der Wirtschaftsplan mit einem Zuschussbedarf abschließen, nicht ausgeglichen sei und dadurch zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen würden. Damit liege Rechtswidrigkeit vor und dies begründe den Widerspruch, welcher zurzeit noch ausgearbeitet und dann auch den Fraktionen zugehen werde.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Übernahme von Umschülern in die Stadtverwaltung

Herr Krause informierte darüber, dass es seit August 2011 einen Vertrag für Umschüler in der Verwaltung gäbe, welcher im Juli 2013 auslaufe.

In diesem Zusammenhang sei ihm der Fall von zwei Umschülerinnen bekannt, die von der Stadt nicht übernommen werden sollen. Da die Umschulung adäquat wie bei Auszubildenden laufe, fragte er an, weshalb die Stadt eine solche Umschulung durchführe und aus welchem Grund die Umschülerinnen dann nicht übernommen werden.

Herr Bürgermeister Geier berichtete über den ihm bekannten aktuellen Fall, in welchem zwei Umschülerinnen zu Verwaltungsfachangestellten ausgebildet worden sind. Diese Maßnahme wurde durch die Rentenversicherung finanziert, da die Personen durch ihren Gesundheitszustand nicht mehr in ihren alten Berufen erwerbsfähig waren.

An bestimmten Stellen in der Verwaltung fehlten qualifizierte Nachwuchskräfte und der Pool an Auszubildenden war erschöpft. Aus diesem Grund habe die Verwaltung zur Überbrückung die Möglichkeit genutzt, diese Umschüler einzustellen. In Abstimmung mit dem Personalrat erfolgte die Einstellung befristet, analog der Regelung für die Auszubildenden, die auch für einen befristeten Zeitraum übernommen werden.

Herr Krause regte an, zu prüfen, diese Umschülerinnen unbefristet zu übernehmen und er begründete dies damit, dass es auch ein Politikum sei, wenn die Stadt sich dazu bekenne, eine Umschulung anzubieten und diesen Umschülern dann auch einen Arbeitsplatz anzubieten.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Finanzierungsvertrag Eissporthalle

Bezugnehmend auf die Anfrage von **Herrn Krause** zum Finanzierungsvertrag der Eissporthalle verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf, diese Anfrage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE, zur Schimmelstraße

Frau Haupt informierte darüber, dass es in Vorbereitung auf den Neubau des Kindergartens in der Schimmelstraße eine Vereinbarung der Stadtverwaltung mit der Universität Halle gegeben habe, in dieser Einrichtung ein Pilotprojekt zur frühkindlichen Bildung zu schaffen.

In Bezug darauf, dass der Neubau auf diesem Grundstück nicht erfolgen wird, fragte sie an, wie jetzt dieses Projektvorhaben umgesetzt werden soll.

Herr Beigeordneter Kogge sagte eine schriftliche Antwort zu diesem Thema zu.

Anfrage Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, zur Dringlichkeitsvorlage zur Absicherung Eishockeysport

Frau Dr. Sitte informierte darüber, dass in einer Veranstaltung am 08.07.2013 mit mehreren Abgeordneten durch Herrn Dr. Prochnow, Leiter Fachbereich Sport, ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die Stadträte in die weitere Planung und Diskussion zum Thema Eishockeysport einbezogen werden sollen. Und in dieser Veranstaltung habe es keine Mitteilung dazu gegeben, dass jetzt schon eine Vorlage in den Stadtrat eingebracht werde.

In Bezug auf die nun vorliegende Dringlichkeitsvorlage zur Absicherung des Eishockeysports fragte sie an, ob es zur Veranstaltung am 08.07. schon bekannt war, dass eine Dringlichkeitsvorlage in den Stadtrat eingebracht wird.

Dazu erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass Herr Dr. Prochnow in der Veranstaltung deutlich gemacht habe, dass eine Vorlage erarbeitet worden ist und im Stadtrat darüber informiert werde.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zum Saaleschwimmen

Herr Scholtyssek informierte darüber, dass am Wochenende ein Saaleschwimmen um den Eichendorff-Pokal stattfinden soll. In diesem Zusammenhang fragte er nach, ob Wasserproben genommen worden sind, um evtl. Gesundheitsgefahren festzustellen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass Wasserproben genommen und keine gesundheitliche Bedenklichkeit festgestellt wurde.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Summe der Hochwasserschäden

Im Hinblick auf die von der Stadt gemeldete Schadenssumme durch das Hochwasser in Höhe von 330 Mio. € fragte **Herr Scholtyssek** an, ob die Stadträte eine detaillierte Aufstellung der Schäden erhalten werden.

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass es bei der Nennung der 330 Mio. € um eine Schnellmeldung ging und die Verwaltung zurzeit dabei sei, diese Summe zu untersetzen. Die verwaltungsinterne Rückmeldung erfolge bis zum 11.07.2013, danach werde eine Auflistung in der Klassifizierung Schadensabwehrmaßnahmen, Schäden an städtischen Gebäuden und Hochbauten, Schäden im Bereich der Infrastruktur (Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Grünflächenanlagen), Schäden bei kommunalen Stiftungen, Schäden bei kommunalen Unternehmen und Schäden bei freien Trägern aufbereitet.

Diese Auflistung werde dann auch an die Fraktionen übergeben.

Zum Themenkomplex Hochwasser merkte **Herr Scholtyssek** weiter an, dass Herr Oberbürgermeister in seinem Bericht davon gesprochen habe, eine Ausschreibung zu starten und er fragte nach, was damit gemeint sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass es darum gehe, unverzüglich einen wirksamen Hochwasserschutz einzuleiten und momentan Gespräche und Abstimmungen dazu stattfinden, um die Fakten zusammenzustellen. Geplant sei, auch vom Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, einen Damm zu errichten. Im Hinblick darauf, werde eine Ausschreibung vorbereitet.

Die Feststellung von **Herrn Scholtyssek**, dass es laut Aussage des Oberbürgermeisters im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten keine Spundwand geben wird, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Absicherung Stadtrat

Herr Scholtyssek verwies darauf, dass in der heutigen Stadtratssitzung im Zuschauerbereich zur Absicherung der Ratssitzung mehr Sicherheitskräfte anwesend waren als sonst und er fragte an, ob es einen bestimmten Grund dafür gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass es sich dabei um eine Gefahrenabwehrein-schätzungsmaßnahme in Abstimmung mit der Polizei gehandelt habe.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zur Förderung "Schöpfkelle"

Herr Hildebrandt informierte darüber, dass nach Beschlusslage des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vorgesehen ist, die Förderung der „Schöpfkelle“ doppelt so hoch ausfallen zu lassen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen sei. In diesem Zusammenhang fragte er an, ob dies für die Stadtfinanzen schädlich sei bzw. ob Herr Oberbürgermeister daraus den Schluss ziehe, Widerspruch einzulegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung des Beschlusses zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Osendorfer See

Herr Bönisch erkundigte sich zum weiteren Fortgang am Osendorfer See und er informierte darüber, dass dort der Damm gebrochen, der See vollgelaufen und die Pumpen abgeschaltet bzw. nicht funktionstüchtig seien.

In diesem Zusammenhang stellte er nachfolgende Fragen:

Wie ist der weitere Fortgang jetzt gedacht?

Welche Zuständigkeiten gibt es? Macht die Stadt das gemeinsam mit dem Land?

Welche Erfordernisse ergeben sich?

Gibt es bei der Stadtverwaltung Überlegungen, wie man den Kanu- und Drachenboot-sportlern, die sonst dort aktiv waren, Hilfe anbieten kann, damit sie ihren Sport dort wieder betreiben können?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass nach seinem Kenntnisstand die Vereine mit der Stadtverwaltung in Kontakt stehen und momentan Übergangslösungen gefunden worden sind.

Auch habe man sich in der Beigeordnetenkonferenz vor zwei Wochen dazu verständigt, in der kommenden Beigeordnetensitzung das Thema Osendorfer See umfangreicher, aufbereitet durch die Untere Wasserbehörde, zu behandeln.

Weiterhin führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, das es bei der Meldung potentieller Hochwasserschäden eine gewisse Warte- oder Vorhalteposition gäbe, jedoch sei hier der Osendorfer See mit einkalkuliert.

Und mit der zuständigen Landesbehörde stehe die Verwaltung auch im Kontakt, da am Osendorfer See die Situation vorliege, dass immer wieder Wasser abgepumpt werden müsse, weil es ansonsten Probleme mit der Böschung geben würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass das Gelände aufgrund der nach wie vor bestehenden Gefahr der Abböschungen momentan gesperrt sei. Von daher müsse diese Frage sehr intensiv mit der zuständigen Landesbehörde diskutiert werden.

Zum gleichen Thema führte **Herr Bönisch** aus, dass nach seinem Kenntnisstand zu mindestens einige Teile von Osendorf vom Stand der Höhe des Wassers im Osendorfer See durch vollgelaufene Keller vom Grundwasser akut gefährdet seien.

Aus diesem Grund fragte er an, ob Gefahr im Verzug sei und unbedingt zügig gehandelt werden müsse bzw. wann mit der Installation neuer Pumpen angefangen werde.

Herr Beigeordneter Stäglin äußerte sich dahingehend, dass er bisher keine Meldung aus der Verwaltung habe, dass die Pumpen wegen vollgelaufener Keller in diesem Ortsteil sofort in Betrieb genommen werden müssen. Sollte es aber eine solche Information geben und Gefahr drohen, werde sofort gehandelt.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Zuschussbedarf der Theater, Oper und Orchester GmbH

Herr Bönisch bezog sich auf die Aussagen des Oberbürgermeisters zum erwarteten Zuschussbedarf für die Theater, Oper und Orchester GmbH in Höhe von ca. 400.000 € und dass dieser Zuschuss gesetzwidrig sei.

Er verwies darauf, dass der Gesamtzuschuss 20 Mio. € betrage und er fragte an, weshalb die Erhöhung des Zuschusses um diese 400.000 € an die Theater, Oper und Orchester GmbH gesetzwidrig sein sollte. Im Prinzip werde nichts weiter geändert als die Zuschuss-höhe.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch** darum, dass durch Herrn Oberbürgermeister bei der Begründung des Widerspruchs zum Wirtschaftsplan untersetzt werde, was daran gesetzwidrig sei, den Zuschuss an die GmbH zu erhöhen.

Könne dies nicht aufgeführt werden, bat **Herr Bönisch** darum, von einem Widerspruch Abstand zu nehmen, da ansonsten der Wirtschaftsplan lange Zeit keine Gültigkeit hätte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er dazu noch eine vollständige schriftliche Begründung abgeben wird.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Skaterpark Halle-Neustadt

Frau Wolff informierte darüber, dass es im Rahmen der Bürgersprechstunde ihrer Fraktion Beschwerden zum Skaterpark in Halle-Neustadt darüber gegeben habe, dass kleinere Kinder dort verdrängt werden.

Sie fragte an, ob im Rahmen der Streetworkerarbeit Einfluss darauf genommen werden könnte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bat um eine Konkretisierung des Anliegens und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Rückerstattung des Kaufbetrages für Sandsäcke

Herr Menn fragte nach, wo in der Stadtverwaltung die Rückerstattung für gekaufte Sandsäcke möglich sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Veröffentlichung des Ansprechpartners in der Verwaltung und auch im Internet zu.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Eissporthalle

Frau Dr. Brock wies darauf hin, dass in der Vergangenheit immer wieder verkündet wurde, dass es für den Eissport eine Übergangslösung gäbe, um den Eissport auch künftig in Halle zu halten.

In diesem Zusammenhang fragte sie an, ob dabei auch der Freizeitsport, wie öffentliches Laufen, Berücksichtigung fand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass der neu gegründete Verein den Freizeitsport auch in der Übergangsvariante mit vorgesehen habe.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Hochwasserschutz

Da sich seine Anfrage zur vormals geplanten Spundwand entlang des Gimritzer Damms erledigt habe, regte **Herr Feigl** an, dass die Verwaltung im September umfassend über den Fortgang und die nächsten Schritte zur unterirdischen Spundwand informieren sollte.

Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Sanierungskonzept der Theater, Oper und Orchester GmbH

Bezugnehmend auf das Sanierungskonzept zur Theater, Oper und Orchester GmbH fragte **Frau Krausbeck** an, inwieweit der Stadtrat darüber informiert wird und ob er das Konzept zur Kenntnis bekomme.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er bei Zustimmung durch die Aufsichtsratsmitglieder das Sanierungskonzept im Stadtrat vorlegen werde.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zum Tagesordnungspunkt 6.15

Herr Kley fragte beim Vorsitzenden des Stadtrates nach, was genau unter dem Tagesordnungspunkt

zu 6.15 Satzung Schülerbeförderung Vorlage: V/2013/11603

beschlossen wurde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas daraufhin den Beschluss und den Text zu den finanziellen Auswirkungen:

„Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale).“

Durch diese Satzung ergibt sich folgender Mehraufwand im Schuljahr 2013/14 sofern die angenommene Fallzahlenerhöhung eintritt.

PSP Element

1.24101.01 Schülerzeitkarten ohne Erstattung ca. 65.000 p.a.

*Die Deckung dieses Mehraufwandes **wird nicht durch eine Absenkung im Teilergebnisplan 51 um jährlich 32.500 € erbracht**“*

Herr Kley stellte daraufhin, fest, dass der jetzige Beschluss nicht das beinhalte, was eigentlich beschlossen werden sollte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, merkte dazu an, dass im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverhaltung und Liegenschaften die vorgeschlagene Deckung aus dem UVG-Bereich akzeptiert wurde. Damit sei die Verwaltung dem Wunsch, die Deckung nicht aus dem Bereich 51, Bildung, sondern aus dem Bereich des Sozialdezernates zu nehmen, entgegen gekommen.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Kartenvergabe im Erdgas-Sportpark

Herr Kley stellte fest, dass im Nachgang zur Anfrage seiner Fraktion bezüglich der Karten für die Fußballspiele um eine Darstellung gebeten wurde, wer die Dienstkarten zu den einzelnen Spielen in Anspruch genommen habe und bisher noch keine Antwort der Verwaltung dazu vorliege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass vor der heutigen Stadtratssitzung die schriftliche Antwort der Verwaltung zugegangen sei.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zum Hansetag

Herr Kley bezog sich auf die schon in der letzten Stadtratssitzung gestellte Anfrage zum Umgang mit der Bewerbung zum Hansetag und fragte an, wann er eine Antwort der Verwaltung dazu erhalten werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Antwort zu.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zu Spendenübergabe der Hansestädte

Herr Kley berichtete, dass am 11.07.2013 Vertreter der Hansestädte in der Stadt Halle (Saale) anwesend sein werden, um die in ihren Städten gesammelten Spenden an den Stadtsportbund zu überreichen.

In diesem Zusammenhang informierte er darüber, dass es eine Anfrage an die Stadtverwaltung gab, ob bei dieser Veranstaltung ein hochrangiger Vertreter der Stadt anwesend sein könnte, was aus zwingenden terminlichen Gründen durch alle Beigeordneten abgelehnt wurde.

Herr Kley bat um Mitteilung, welche zwingenden Gründe vorliegen würden und ob es nicht doch die Möglichkeit gäbe, dass diese Veranstaltung durch einen Vertreter der Stadtverwaltung besucht werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass die Spende nicht an die Stadt übergeben werde, sondern an den Stadtsportbund. Und da alle Beigeordneten andere wichtige Termine wahrzunehmen haben, werde Herr Dr. Prochnow, Leiter Sport, als Vertreter der Stadt an diesem Termin teilnehmen.

Anfrage Frau Fleischer, FDP-Fraktion, zum Weihnachtsmarkt

Frau Fleischer berichtete von der Anfrage eines halleschen Markthändlers, welcher sich frist- und formgemäß für den Weihnachtsmarkt beworben, jedoch mit der Begründung von der Verwaltung abgelehnt wurde, dass der Weihnachtsmarktbeirat diese Ablehnung befürwortet habe.

Laut ihren Erkundigungen im Beirat, wurde jedoch in der dortigen Diskussion eindeutig festgelegt, dass dieser Händler am Weihnachtsmarkt teilnehmen könne.

Sie fragte jetzt an, weshalb der Händler abgelehnt und der Beirat als Begründung vorgeschoben wurde.

Im gleichen Zusammenhang stellte sie die Frage nach der generellen Bedeutung und der Befugnisse des Beirates.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass dieser Einzelfall momentan nicht beantwortet werden könne und sagte eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

Anfrage Herr Koehn, SPD-Fraktion, zu Anzeigen in überregionaler Presse

Bezugnehmend auf den Tod von Herrn Prof. Paul Raabe frage **Herr Koehn** an, ob die Stadt ihre Verbundenheit und Dankbarkeit für den Retter der Franckeschen Stiftungen, die international ein Alleinstellungsmerkmal sind, auch durch entsprechende Anzeigen in der überregionalen Presse kundtun könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nahm die Anregung zur Kenntnis.

Anfrage Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, zur Eissporthalle

Herr Sieber bezog sich in seiner Anfrage auf die Information, dass der Bau einer neuen Eissporthalle am alten Standort erfolgen werde und er fragte an, wer über den Standort eines Neubaus einer Eissporthalle zu entscheiden habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass die Standortentscheidung im Stadtrat zu treffen sei.

zu 12 Anregungen

Anregung Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Verlegung einer Bushaltestelle

Herr Bönisch regte an, zu prüfen, ob aufgrund der äußeren Veränderungen möglicherweise die Bushaltestelle Am Goldregenweg an der B6 verlegt werden könne.

Anregung Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zum Sachsen-Anhalt-Tag

Herr Dr. Diaby informierte darüber, dass er wiederholt am Sachsen-Anhalt-Tag teilgenommen und im Gegensatz zu den letzten Jahren festgestellt habe, dass das Konzept der Stadt Halle (Saale) sehr gut war und der Stand der Stadt sehr gut besucht wurde.

In diesem Zusammenhang regte er an, an diesem Konzept festzuhalten, damit die Stadt Halle (Saale) auch in den nächsten Jahren in Sachsen-Anhalt würdig vertreten sein wird.

Bezugnehmend auf die Termine des Sachsen-Anhalt-Tages regte **Herr Dr. Diaby** an, in den nächsten Jahren rechtzeitig auf die Universität Halle zuzugehen, um darauf zu achten, dass sich der Termin für die „Lange Nacht der Wissenschaften“ nicht mit dem Termin für den Sachsen-Anhalt-Tag überschneide.

Anregung Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen

Herr Dr. Diaby teilte mit, dass es in der Vergangenheit Veranstaltungen gegeben habe, in welcher die damaligen Oberbürgermeisterinnen die wissenschaftlichen und internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Halle empfangen haben und diese dort ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten vorgestellt haben.

Er regte an, diese Tradition fortzusetzen, um die Willkommenskultur der Stadt nach außen darzustellen und auch gleichzeitig Werbung für die Universität Halle zu machen.

Anregung Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, zum Runden Tisch Radverkehr

Zum Thema Runder Tisch Radverkehr berichtete **Herr Sieber** von einer Besprechung zur Bausituation in der neu gebauten Delitzscher Straße.

Am Ende der Straße überquere die Straßenbahn auch den Radweg und es wurde dort eine bauliche Lösung geschaffen, entgegen der ursprünglichen Planung, weil ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung aus seiner Sicht eine Gefahrensituation sah und das jetzt entsprechend anders geplant habe.

Die dann beim Runden Tisch Radverkehr vorgestellte Lösung konnte dort nicht mitgetragen werden und die geäußerten Bedenken hätten den entsprechenden städtischen Mitarbeiter dahingehend überzeugt, dass die jetzt entstehende Gefahrenstelle kenntlich zu machen sei.

In diesem Zusammenhang regte **Herr Sieber** an, dass die Stadtverwaltung mehr im Sinne des Radverkehrs handeln sollte und auch die Vorschläge des Runden Tisches Radverkehr zur Kenntnis nimmt und beachtet. Dabei bezog er sich auf den Antrag zum Winterdienst auf Radwegen, welcher dort konstruktiv besprochen wurde, ohne die in der heutigen Diskussion aufgestellten Bedenken zu teilen.

Abschließend bat **Herr Sieber** darum, in der im September im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorzustellenden Konzeption Radverkehr darauf einzugehen, wie sich die Verwaltung im Sinne des Radverkehrs weiter entwickeln werde.

Anregung Herr Kley, FDP-Fraktion, zum Besuch von Botschaftern

Herr Kley informierte darüber, dass in vielen Städten Oberbürgermeister oder Wirtschaftsbeigeordnete in andere Länder fahren, um Investoren zu werben und um ihren Standort entsprechend zu präsentieren. Manche Städte hätten jetzt auch das Glück, dass Botschafter oder Botschafterinnen in die Stadt kommen und sie direkt besuchen.

Aus diesem Grund regte er an, dass bei einem eventuellen Besuch der Botschafterinnen oder Botschafter in der Stadt Halle (Saale), diese dementsprechend vom Rathaus empfangen werden sollen, um den Standort für mögliche Investoren positiv darzustellen.

Anregung Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Fraktionsvorsitzendenrunde

Bezugnehmend auf Einladungen des Büros des Oberbürgermeisters an die Fraktionsvorsitzenden regte **Herr Krause** an, eine andere Form der Kommunikation zu finden. Er begründete dies damit, dass eine direkte Terminsetzung nicht zielführend sei, sondern die Teilnahme abgefragt und der Termin nochmals bestätigt werden sollte.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Akteneinsicht in Regionales Suchtkonzept

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass ein Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Akteneinsicht zu den Vorgängen Erstellung Regionales Strategiekonzept zur ambulanten Suchtkrankenhilfe der Stadt Halle zu den Jahren 2012/13 vorliege.

zu 13.2 Akteneinsicht in Einsatzpläne und Einsatzberichte zu den Aufgaben städtischer Mitarbeiter bei HFC-Spielen

Desweiteren informierte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, über den Antrag der CDU-Fraktion zur Einsichtnahme in die Akten bezüglich der Einsatzpläne und Einsatzberichte für die Jahre 2012/2013 zu den Aufgaben städtischer Mitarbeiter bei HFC-Spielen.

zu 13.3 Akteneinsicht in Verträge ab 01.01.2012 mit Rauschenbach & Kollegen GmbH

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte weiterhin mit, dass von der CDU-Fraktion Akteneinsicht in alle seit dem 1. Januar 2012 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH abgeschlossenen Verträge und daraus folgenden Schriftstücke beantragt wurde.

zu 13.4 Akteneinsicht zum Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stellte im Namen seiner Fraktion den Antrag auf Akteneinsicht in den Vorgang bezüglich der Sanierung der Turnhalle in der Sekundarschule Kastanienallee.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 46. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin